

DANIEL-ERASMUS KHAN

Die deutschen Staatsgrenzen

Jus Publicum

114

Mohr Siebeck

JUS PUBLICUM

Beiträge zum Öffentlichen Recht

Band 114



Daniel-Erasmus Khan

Die deutschen Staatsgrenzen

Rechtshistorische Grundlagen
und offene Rechtsfragen

Mohr Siebeck

Daniel-Erasmus Khan, geboren 1961, Studium der Rechtswissenschaften in Marburg, Genf und München, Assistent am Institut für Internationales Recht/Völkerrecht der Universität München (Prof. Bruno Simma), 2003 Habilitation in München, Studienjahr 2003/2004 Lehrstuhlvertretung an der Universität Bayreuth, WS 2004/2005 Lehrstuhlvertretung an der Universität München.

Gedruckt mit Unterstützung des Förderungs- und Beihilfefonds Wissenschaft der VG WORT.

ISBN 3-16-148403-7

978-3-16-157983-7 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

ISSN 0941-0503 (Jus Publicum)

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2004 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen aus der Garamond gesetzt, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Für Roberta

Vorwort

Wer heute noch über den Staat und seine Grenzen spricht, der macht sich leicht, wenn nicht der Leichenfledderei, so doch zumindest einer hoffnungslos retrospektiven Perspektive verdächtig. *En vogue* ist es, den baldigen Exitus oder zumindest doch die fortschreitende Marginalisierung dieses Organisationsmodells zu prognostizieren: Interdependenz, Globalisierung, Universalität, Internationale Gemeinschaft, Supranationalität oder sogar „komplex-verschränkte großräumige Hegungsstrukturen mit bundestaatlichen Verdichtungstendenzen“ (*Mayer-Tasch*) sind Stichworte, die den rechtlichen und politischen Diskurs beherrschen. *Hierüber* lohne es nachzudenken, aber über den Staat und seine räumlichen Grenzen? Droht der Staat nicht vor allem deshalb zu einer „überkommenen Kategorie“ zu werden – so im Jahre 1990 die Befürchtung im Editorial der Zeitschrift Staatswissenschaften und Staatspraxis – weil er an Defiziten leidet, die ihn zur Bewältigung der immer umfassender werdenden transnationalen und in zunehmendem Maße auch globalen Problemlagen ungeeignet erscheinen lassen, und nähern wir uns damit nicht zwangsläufig und unaufhaltsam dem Punkt, an dem Europäische Gemeinschaften, Vereinte Nationen, Internationale Gerichte, Institutionen des Welthandels und so fort den Staat ersetzen und verdrängen?

Tatsächlich aber kann kein Zweifel daran bestehen, dass der Staat auch heute noch den primären politischen Identifikationspunkt des Einzelnen sowie die für die politische Aktion und Interaktion entscheidende „rechtlich organisierte Wirkungseinheit“ (*Heller*) darstellt. Selbst eine transmoderne Staatstheorie, wie sie etwa *Udo Di Fabio* skizziert hat, gelangt denn auch zu der zumindest in einer mittelfristigen Perspektive sicher zutreffenden Feststellung: „Der Staat bleibt“ und mit ihm – als „seine grundlegendste sachliche Wesenskongretisierung“ (*Smend*) – eben auch seine Territorialität. Unwillkürlich erinnern einen die Auguren eines baldigen Exitus des Staates denn auch an *Mark Twain*, der auf die vorzeitige Anzeige über sein Ableben im *New York Journal* trocken bemerkte: „The reports of my death are greatly exaggerated.“ Nach Jahrzehnten des Staatspessimismus begegnet uns schließlich auch in den politischen Wissenschaften wieder ein neu erwachter Glauben an die Überlebenskraft dieses Organisationsmodells: Durchaus repräsentativ versah etwa jüngst *Steve Smith* seine „Elf Thesen zur Zukunft des Nationalstaats“ mit dem Titel: „Totgesagte leben länger“.

Die vorliegende Untersuchung beschäftigt sich – konkret auf Deutschland bezogen – mit der „Kernidee“ des modernen Staates schlechthin, seiner räumlich definierten Souveränität. Die Annäherung an das Rechtsregime, welches den territorialen Umfang des deutschen Staates bestimmt, führte zunächst einmal zu dem durchaus überraschenden Befund, dass es sich hier um ein aus rechtswissenschaftlicher Sicht

empirisch und historisch niemals zuvor umfassend und zusammenhängend behandeltes Terrain handelt. Angesichts der überwältigenden Fülle an Material und der teilweise erheblichen Schwierigkeiten ihres Zugangs kann auch hier nur der Versuch einer skizzenhaften Gesamtschau geleistet werden, die einen ersten Eindruck vom Facettenreichtum dieser bisher weitgehend ignorierten Rechtsmaterie zu vermitteln sucht. Weitere Forschung tut not. Sollte diese Arbeit hierzu einige brauchbare Anknüpfungspunkte bieten, so hätte sie ihr wesentliches Ziel denn auch bereits erreicht.

Die Untersuchung wurde im Wintersemester 2002/2003 von der Juristischen Fakultät der Universität München als Habilitationsschrift angenommen. Entstanden ist sie während meiner Assistentenzeit am dortigen Lehrstuhl für Völker- und Europarecht von Professor Dr. Bruno Simma, dem ich weit mehr verdanke als die Freiheit zur Forschung auf gelegentlich doch etwas abgelegenen Gebieten. In freundschaftlicher Verbundenheit hat er mir vielmehr im wahrsten Sinne des Wortes eine akademische Heimat geboten. Ihm und Professor Rupert Scholz danke ich für die zügige und wohlwollende Begutachtung der Arbeit im Habilitationsverfahren.

Ohne unser Institut in München, seine Mitarbeiter und Freunde, wäre dieses Buch nicht geschrieben worden: Für mannigfache technische Hilfestellung, nicht zuletzt auch physische Höchstleistungen beim Heranschaffen einer Unmenge von Literatur, bin ich zunächst unseren Hilfskräften zu allergrößtem Dank verpflichtet. Der Natur der Arbeit entsprechend war hingegen ein echter wissenschaftlicher Diskurs kaum möglich. So danke ich denn vor allem den zahlreichen Freunden und Kollegen beiderlei Geschlechts, die – ohne ihr Unverständnis ob solch skurrilen Forschertums allzu deutlich zu artikulieren – den „Anekdoten“ aus grauer rechtshistorischer Vorzeit oder den entlegensten Winkeln der Republik viele Mensatage lang mit unendlicher Geduld gelauscht haben. In der einen oder anderen Weise schulde ich so Dank – ohne Anspruch auf Vollständigkeit: Andreas Heinemann, Andreas Paulus, Markus Zöckler, Brunhilde Enders, Christine Schuhbeck, Eleni Chaitidou, Regina von Ledebur, Constanze Schulte, Judith Schulte, Anne Thies, Sabine Weidlich, Malte Bode, Gebhard Bücheler, Dominik Eisenhut, Nicolas Kredel, Oliver Landwehr, Tom Meerpohl, Dirk Pulkowski, Pascal Schonard.

Es ist mir schließlich ein aufrichtiges Bedürfnis, auch an dieser Stelle meinen Freunden, Kollegen und „Chefs“ aus den verschiedenen „legal teams“ vor dem Internationalen Gerichtshof zu danken, stellvertretend und allen voran Jean-Pierre Cot, Pierre-Marie Dupuy, Jochen Frowein, Maurice Kamto, Thomas Läufer, Alain Pellet, Malcolm Shaw, Bruno Simma, Sir Ian Sinclair, Christian Tomuschat und Gerhard Westdickenberg. Die Aufnahme in diese besondere „international legal community“ bereits in jungen Jahren und ohne Rücksicht auf den akademischen Status hat mich immer wieder aufs Neue darin bestärkt, auf dem richtigen Wege zu sein.

Einen großen Dank schulde ich schließlich der VG Wort für die großzügige Gewährung eines Druckkostenzuschusses, der es mir ermöglicht, mein Buch in diesem renommierten Rahmen zu veröffentlichen.

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXII
<i>Teil I: Staat – Raum – Grenzen</i>	1
Kapitel I: Das Staatsgebiet als beständiger Grundpfeiler moderner Staatlichkeit	2
Kapitel II: Die Staatsgrenze	12
Kapitel III: Die normative Erfassung der Grenzen des Staatsgebietes	28
<i>Teil II: Das deutsche Staatsgebiet in verfassungshistorischer Perspektive</i>	41
Kapitel I: Skizze politischer Reflexion über den territorialen Umfang und die Grenzen Deutschlands vom Ende des Heiligen Römischen Reiches bis zur Reichsgründung 1870/71	42
Kapitel II: Das deutsche Staatsgebiet in verfassungshistorischer Perspektive	55
Kapitel III: Der Gebietsbestand Deutschlands in der Nachkriegszeit – „irregulare aliquod monstro simile“ –	95
<i>Teil III : Die Grenzen Deutschlands zu seinen Nachbarstaaten. Bestandsaufnahme und offene Einzelfragen</i>	103
Kapitel I: Die deutsch-schweizerische Grenze	104
Kapitel II: Die deutsch-österreichische Grenze	164
Kapitel III: Die deutsche Staatsgrenze im Bodenseeraum	233
Kapitel IV: Die deutsch-tschechische Grenze	269
Kapitel V: Die deutsch-polnische Grenze	309
Kapitel VI: Die deutsch-dänische Grenze	347
Kapitel VII: Die deutsch-niederländische Grenze	399
Kapitel VIII: Die deutsch-belgische Grenze	439
Kapitel IX: Die deutsch-luxemburgische Grenze	474
Kapitel X: Die deutsch-französische Grenze	512

<i>Teil IV: Die Grenzen des deutschen Staatsgebietes gegenüber staatsfreien Räumen</i>	581
Kapitel I: Das deutsche Küstenmeer und seine seewärtigen Grenzen	583
Kapitel II: Der deutsche Luftraum und seine Grenzen	614
Kapitel III: Die Grenze des deutschen Staatsgebietes im Erdinneren	642
 <i>Teil V: Zusammenfassendes Ergebnis</i>	 653
Literaturverzeichnis	665
Stichwortverzeichnis	733

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Inhaltsübersicht	9
Abkürzungsverzeichnis	XXII

Teil I

XXI Staat – Raum – Grenzen

1

<i>Kapitel I: Das Staatsgebiet als beständiger Grundpfeiler moderner Staatlichkeit</i>	2
<i>Kapitel II: Die Staatsgrenze</i>	12
<i>Kapitel III: Die normative Erfassung der Grenzen des Staatsgebietes</i>	28
I. Die Komplementarität nationaler und völkerrechtlicher Normsetzung hinsichtlich des räumlichen Elementes des Staates	28
1. Räumliche Identitätsbestimmung als legitime und genuine Aufgabe nationaler Rechtsetzung	29
2. Der Umfang der völkerrechtlichen Prärogative gegenüber dem nationalen Recht in Bezug auf die normative Erfassung des Staatsgebietes	30
II. Die Art und Weise räumlicher Identitätsbestimmung durch nationales (Verfassungs-)recht	33
1. Topik von Verfassungsaussagen zu Umfang und Grenzen des Staatsgebiets in der Verfassungsrechtspraxis	33
2. Die normative Aussage des Grundgesetzes zum Umfang des deutschen Staatsgebietes	36

Teil II

Das deutsche Staatsgebiet in verfassungshistorischer Perspektive

41

<i>Kapitel I: Skizze politischer Reflexion über den territorialen Umfang und die Grenzen Deutschlands vom Ende des Heiligen Römischen Reiches bis zur Reichsgründung 1870/71</i>	42
<i>Kapitel II: Das deutsche Staatsgebiet in verfassungshistorischer Perspektive</i>	55
I. Das Staatsgebiet als Regelungsgegenstand der Rechts- und Verfassungsordnung des (Zweiten) Deutschen Kaiserreiches	55
1. Das Staatsgebiet als Regelungsgegenstand der Reichsverfassung von 1871	55
a) Das Deutsche Reich als Bundesstaat	55
b) Von einem dynastischen zu einem gebietsbezogenen Staatsverständnis	59
c) Der Grundsatz der Kongruenz zwischen der Summe des Territoriums der Einzelstaaten und dem Staatsgebiet des Deutschen Reiches	63
d) Die staatsrechtliche Sonderstellung Elsass-Lothringens	66
2. Die territoriale Zuordnung der so genannten „Schutzgebiete“ zum Deutschen Reich	69
II. Das Staatsgebiet als Regelungsgegenstand der Verfassungsordnung der Weimarer Republik	73
1. Der Umfang des deutschen Staatsgebietes als Regelungsgegenstand der Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919	73
2. Die normative Auffüllung des Artikels 2 Satz 1 WRV durch die territorialen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages	76
III. Das deutsche Staatsgebiet während der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft	81
1. Äußerliche Kontinuität der Territorialpolitik gegenüber dem Ausland in den Jahren 1933–1937/38	81
2. Programmatische Ziele nationalsozialistischer Territorialpolitik	83
3. Das Gebiet Großdeutschlands	88
<i>Kapitel III: Der Gebietsbestand Deutschlands in der Nachkriegszeit – „irregulare aliquod monstro simile“</i> –	95

Teil III

Die Grenzen Deutschlands zu seinen Nachbarstaaten
– Bestandsaufnahme und offene Einzelfragen –

103

<i>Kapitel I: Die deutsch-schweizerische Grenze</i>	104
I. Rechtshistorische Grundlagen des heutigen Grenzregimes im Überblick ...	104
II. Etappen rechtlicher Fixierung, Anerkennung und Konkretisierung des Grenzverlaufes bis zum Wiener Kongress	113
1. Von der Ewigen Richtung (1474) bis zum Westfälischen Frieden (1648) .	113
2. Die Auswirkungen der „territorialen Revolution“ des napoleonischen Zeitalters auf das deutsch-schweizerische Grenzregime	123
a) Grundlegende Faktoren für die Konsolidierung der Grenzverhältnisse	123
b) Das Ausscheiden des Fricktales aus dem Reichsgebiet und die Fixierung des neuen Grenzverlaufes im Abkommen vom 17. September 1808	125
c) Verdichtung des Grenzregimes durch die Entflechtung grenzüberschreitender Hoheitsrechte	131
d) Bestätigung des territorialen <i>status quo</i> durch die Wiener Kongressakte vom 9. Juni 1815	135
III. Die Entwicklung des Grenzregimes im Schaffhausener Raum	138
1. Überblick über die Entwicklung bis zum Reichsdeputationshauptschluss	138
2. Die Umsetzung von §29 des Reichsdeputationshauptschlusses und weitere Grenzvereinigungen im Schaffhauser Raum	141
3. Die Sonderentwicklung des Grenzregimes hinsichtlich der deutschen Exklave Büsingen	151
IV. Zusammenfassende Bestandsaufnahme des Rechtsregimes der deutsch-schweizerischen Grenze	160
<i>Kapitel II: Die deutsch-österreichische Grenze</i>	164
I. Grundlinien der rechtshistorischen Fundierung des gegenwärtigen Grenzregimes	164
1. Das aktuelle Grenzregime als Bestätigung des territorialen <i>status quo</i> ...	164
2. Die Entwicklung des territorialen <i>status quo</i> bis zum Ende des 18. Jahrhunderts	167
a) Skizze des Grenzregimes bis zum Ausgang des Mittelalters	167
b) Die Folgen des Landshuter Erbfolgekrieges für den bayerisch-österreichischen Grenzverlauf im Inntal	171

c) Der Frieden zu Teschen (1779) und die sog. Leutarationskonvention (1784)	175
aa) Die Abtretung des Innviertels an Österreich	175
bb) Die Konkretisierung der Grenzziehung im Inn	181
cc) Bestätigung des Grenzverlaufes bis zum Münchener Vertrag vom 14. April 1816	183
3. Die rechtliche Vollendung des bayerisch-österreichischen Grenzregimes bis zum Münchner Vertrag vom 1816	186
a) Überblick der territorialen Entwicklung vom Reichsdeputationshauptschluss (1803) bis zum Münchner Vertrag (1816)	186
b) Die Grenzfestsetzung im Bereich der ehemals geistlichen Territorien ..	190
aa) Die rechtlichen Grundlagen des heutigen Grenzverlaufes im Bereich des ehemaligen Hochstifts Passau	190
bb) Die rechtlichen Grundlagen des heutigen Grenzverlaufes im Bereich der ehemaligen geistlichen Territorien Salzburg und Berchtesgaden	194
cc) Die rechtlichen Grundlagen des heutigen Grenzverlaufes im Bereich des ehemaligen Hochstifts Freising (Grafschaft Werdenfels)	209
dd) Die rechtlichen Grundlagen des heutigen Grenzverlaufes im Bereich des ehemaligen Hochstifts Augsburg	213
c) Die Grenzfestsetzung im ostschwäbischen Raum	219
d) Zusammenfassung	222
II. Die Stabilität des Grenzregimes seit dem Münchner Vertrag von 1816	223
1. Die fortdauernde Identität zwischen bayerischer und deutscher Außengrenze gegenüber Österreich	223
2. Art und Umfang der Rechtszersplitterung hinsichtlich des Grenzregimes	225
3. Die völkervertragliche Bestätigung des Grenzverlaufes und das Intermezzo österreichischer Territorialforderungen nach dem Zweiten Weltkrieg	226
4. Erstellung neuer Grenzurkundenwerke und Novation des Grenzregimes seit 1953	228
<i>Kapitel III: Die deutsche Staatsgrenze im Bodenseeraum</i>	233
I. Der räumliche Umfang der Grenzunsicherheit im Bodenseeraum	234
II. Überblick über den Streitstand	239
1. Die unstreitige Zuordnung der ufernahen Seezone zum Staatsgebiet der Anrainerstaaten	240
2. Die seewärtige Grenze des zum Staatsgebiet der Anrainerstaaten gehörenden ufernahen Seegebietes	242

3. Argumentative Ansatzpunkte für eine Klärung der Hoheitsverhältnisse auf dem Hohen See im engeren Sinne	248
III. Die Unmöglichkeit des Nachweises eines ursprünglichen Konsenses über die Grenzverhältnisse im Bodensee	250
IV. Die mangelnde gewohnheitsrechtliche Verfestigung der Grenz- und Hoheitsverhältnisse seit dem 17. Jahrhundert	254
V. Fehlen einer völkerrechtlichen „Vermutungs- oder Zweifelsregel“ für die Behandlung der Grenz- und Territorialverhältnisse in Grenzseen	260
VI. Ergebnis: Der Hohe See als „staatsfreies Gebiet“	266
<i>Kapitel IV: Die deutsch-tschechische Grenze</i>	269
I. Territoriale Stabilität trotz nationalpolitischer Spannungen	269
II. Grundlinien der rechtshistorischen Fundierung des gegenwärtigen Grenzregimes	274
1. Rechtliches Werden und Verfestigung der Grenzlinie bis zum Versailler Friedensvertrag	274
a) Der bayerische Grenzabschnitt	275
b) Der sächsische Grenzabschnitt	285
2. Vom Versailler Friedensvertrag bis zum Münchener Abkommen	289
3. Die Bedeutung des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 für den Grenzverlauf zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei ..	295
III. Die aktuellen Rechtsgrundlagen des Grenzverlaufes	304
1. „Zwei-Plus-Vier-Vertrag“ und deutsch-tschechischer Nachbarschaftsvertrag	304
2. Grenzvertrag und Grenzdokumentation	305
<i>Kapitel V: Die deutsch-polnische Grenze</i>	309
I. Grenzlinie ohne rechtshistorisches Fundament	309
II. Etappen der Fixierung und Konkretisierung des Grenzverlaufes nach dem Zweiten Weltkrieg	314
1. Die Konkretisierung der Grenzlinie bis zur Potsdamer Konferenz	314
a) Die deutsch-polnische Grenze auf der Agenda der alliierten Kriegs- und Nachkriegskonferenzen bis zur Potsdamer Konferenz (Juli/August 1945)	314
b) Die Festlegung der Neiße-Grenze	318
c) Der Grenzverlauf im Raum Stettin/Swinemünde	323

2. Die Konkretisierung des Grenzverlaufes bis zum Görlitzer Vertrag vom 6. Juli 1950 und seinen Folgevereinbarungen vom 27. Januar 1951 und 22. Mai 1989	326
a) Die rechtliche Fixierung der Landgrenze zwischen der DDR und Polen	326
b) Die rechtliche Fixierung der lateralen Grenze des Küstenmeers zwischen der DDR und Polen	333
III. Die Übernahme des substantiellen Inhalts des bestehenden Grenzregimes durch das wiedervereinigte Deutschland	339
<i>Kapitel VI: Die deutsch-dänische Grenze</i>	347
I. Das Grenzregime als Ergebnis des Paradigmenwechsels von einem dynastisch begründeten Staatsverständnis hin zur Nationalstaatlichkeit	347
II. Schleswig-Holstein „Op ewig ungedeelt“: Von der herrschaftsmäßigen Einheit der Herzogtümer zur territorialen Einheit innerhalb des preußischen Staates	351
1. Überblick	351
a) Stabile Reichsgrenze und grenzüberschreitender Herrschaftsverbund	351
b) Die Erschütterung des Grenzregimes durch den Nationalstaatsgedanken	353
c) Von der schleswig-holsteinischen Erhebung 1848 bis zur gewaltsamen Lösung der Grenzfrage in den Jahren 1864/66	354
2. Der ethnisch-nationale Gedanke als fortdauerndes Leitmotiv einer gerechten Grenzziehung	366
a) Die Vermengung historisch-altstaatlicher und nationalitätenpolitischer Gesichtspunkte in der Diskussion um die territoriale Neuordnung	366
b) Volkstumsgrenze und Selbstbestimmungsrecht als Grundlagen eines „gerechten“ Grenzregimes	371
3. Die Festlegung der deutsch-dänischen Grenze auf der Grundlage des Versailler Vertrages	380
a) Die Annäherung der Rechtspositionen hinsichtlich des „ob“ einer Grenzrevision	380
b) Die Frage des rechtlichen Rahmens einer Grenzrevision	383
c) Die Schleswig Artikel des Versailler Vertrages: Entstehung, Inhalt und Umsetzung in die Rechtswirklichkeit	385
aa) Die Festlegung der Abstimmungsgebiete und der Abstimmungsmodalitäten	385
bb) Die Plebiszite vom 10. Februar und 14. März 1920 und ihre rechtliche Implementierung	391
III. Ergebnis: Die dauerhafte Stabilität des Versailler Grenzregimes	395

<i>Kapitel VII: Die deutsch-niederländische Grenze</i>	399
I. Das aktuelle Grenzregime und seine rechtshistorischen Grundlagen	399
1. Von der niederländischen Unabhängigkeit 1648 bis zum Wiener Kongress	399
2. Die vorläufigen Grenzberichtigungen des Jahres 1949	408
3. Die Bestätigung des Grenzverlaufes sowie seine partielle Veränderung durch den Vertrag vom 8. April 1960 und dessen Folgevereinbarungen vom 30. Oktober 1980 und 20. Oktober 1992	412
II. Der rechtliche status quo hinsichtlich der Staatsgrenze in der Emsmündung und im Küstenmeer	416
1. Fehlender Konsens über die Grenzziehung in der Emsmündung und im Küstenmeer	416
2. Die Begründung der unterschiedlichen Rechtsstandpunkte in Bezug auf den Verlauf der Staatsgrenze in der Emsmündung	421
3. Der Umfang des zwischen Deutschland und den Niederlanden streitigen Gebietes in und vor der Emsmündung	426
a) Das streitige Gebiet in den inneren Gewässern	426
b) Das streitige Gebiet im Küstenmeer	428
aa) Der rechtliche <i>status quo</i> hinsichtlich der Souveränitätsverhältnisse innerhalb der 3 Seemeilenzone	428
bb) Die Ausdehnung der Küstengewässer und ihre Rechtsfolgen für den Grenzverlauf	429
(1) Die Umdeutung der Festlandssockellinie von 1964	431
(2) Die Erstreckung des Ems-Dollart Regimes auf das erweiterte Küstenmeer	433
4. Die Rechtsnatur des strittigen Gebietes	435
III. Ergebnis	438
<i>Kapitel VIII: Die deutsch-belgische Grenze</i>	439
I. Abriss der rechtshistorischen Entwicklung bis zum Ersten Weltkrieg	439
II. Die Neufestsetzung der deutsch-belgischen Grenze durch den Versailler Friedensvertrag und die Konkretisierung des Grenzverlaufes durch die deutsch-alliierte Grenzfestsetzungskommission	442
1. Die belgischen Territorialforderungen gegenüber Deutschland und der Umfang ihrer Verwirklichung im Versailler Vertrag	442
a) Die belgischen Territorialforderungen vor und während der Pariser Friedenskonferenz	442
b) Die Grenzregelung des Versailler Friedensvertrages	445
2. Die endgültige Fixierung des Grenzverlaufes durch das Aachener Grenzprotokoll vom 6. November 1922	448

a) Die Grenzkommission nach Artikel 35 des Versailler Vertrages: Aufgabe, Zusammensetzung und Rechtsnatur ihrer Entscheidungen	448
aa) Die „fehlerhafte“ Zusammensetzung der Grenzkommission	450
bb) Die Frage der Überschreitung des vertraglichen Mandates bei der Festsetzung der Grenze durch die Grenzkommission	451
b) Die Vennbahn und die deutschen Exklaven	453
aa) Die Grenzführung zwischen Raeren und Kaltherberg	453
bb) Völkerrechtliche Servitute im deutsch-belgischen Grenzraum	455
III. Gewaltverzicht, Rückgabeverhandlungen und Bestätigung der Grenzziehung durch bilaterale Verträge und Garantieerklärungen	457
1. Die Bedeutung des Vertrags von Locarno für die Westgrenze	458
2. Deutsche Bemühungen um eine Retrozession Eupen-Malmedys	459
3. Der Grenzvertrag vom 7. November 1929 und die deutsche Garantieerklärung	463
IV. Intermezzo: Die Annexion von Eupen-Malmedy im Jahre 1940	466
V. Die Entwicklung des rechtlichen Grenzregimes nach dem Zweiten Weltkrieg und der heutige Grenzverlauf	468
1. Vorläufige Grenzberichtigungen an der deutsch-belgischen Grenze	468
2. Die vertragliche Bereinigung der strittigen Grenzfragen seit 1956	470
VI. Die Rechtsgrundlagen des heutigen Grenzverlaufes – Fazit	472
<i>Kapitel IX: Die deutsch-luxemburgische Grenze</i>	<i>474</i>
I. Überblick über das geltende Rechtsregime	474
II. Das deutsch-luxemburgische Kondominium	476
1. Das territoriale Sonderregime hinsichtlich der deutsch-luxemburgischen Grenzflüsse	476
2. Der räumliche Umfang des Kondominiums	479
a) Die vertikale Dimension des deutsch-luxemburgischen Kondominiums	480
b) Der horizontale Umfang des Kondominiums	484
aa) Die Einbeziehung der Flussinseln in das Kondominium	484
bb) Die seitliche Begrenzung des Kondominiums	485
(1) Abgrenzung gegenüber nicht ins Kondominium fallenden Wasserflächen	485
(2) Die laterale Abgrenzung gegenüber den Landgebieten	487
cc) Der Grenzverlauf auf der Mosel zwischen Wasserbillig und Oberbillig	489
(1) Die Divergenz zwischen Vertragswortlaut und Grenzurkundenwerk	489
(2) Die Auflösung der Divergenz im Wege der Vertragsauslegung	490

III. Das im gemeinschaftlichen Hoheitsgebiet anwendbare Recht	494
1. Allgemeine Grundsätze	494
2. Überblick über das im gemeinschaftlichen deutsch-luxemburgischen Hoheitsgebiet geltende Rechtsregime	498
a) Der Grundsatz konsensualer Rechtsschöpfung	498
b) Das Rechtsregime der Unterhaltung, Erneuerung und des Betriebs der Grenzgewässer	500
c) Die rechtliche Regelung der Fischereiverhältnisse an den Grenzgewässern	502
d) Zusammenfassende Würdigung	504
3. Die katastermäßige Erfassung und grundbuchrechtliche Behandlung des gemeinschaftlichen deutsch-luxemburgischen Hoheitsgebietes	505
IV. Zusammenfassende Bestandsaufnahme	510
<i>Kapitel X: Die deutsch-französische Grenze</i>	512
I. Überblick über das geltende Rechtsregime	512
II. Die rechtshistorischen Grundlagen des heutigen deutsch-französischen Grenzverlaufes	519
1. Die Notwendigkeit einer Differenzierung zwischen dem Grenzverlauf gegenüber dem Elsass einerseits und Lothringen andererseits	519
2. Die rechtshistorischen Fundamente des deutsch-französischen Grenzverlaufes im elsässischen Raum	524
a) Habsburgisches Bedrohungspotential und französische Grenzpolitik	524
b) Die Neuordnung der Herrschaftsverhältnisse im Elsass durch den Friedensvertrag von Münster vom 24. Oktober 1648	528
c) Die rechtliche Anerkennung des Verlustes des Elsass durch das Deutsche Reich	538
aa) Der Friedensvertrag von Nimwegen vom 5. Februar 1679: Bestätigung des rechtlichen Dissenses oder stillschweigende Billigung der französischen Position?	539
bb) Frankfurter Verhandlungen (1682) und „Regensburger Stillstand“ (1684)	541
cc) Die Bestätigung der durch den Regensburger Stillstand geschaffenen Rechtslage und die dauerhafte Fixierung des deutsch-französischen Grenzverlaufes im Frieden von Rijswijk vom 30. Oktober 1697	543
d) Die rechtliche „Linearisierung“ des Grenzverlaufes im Oberrhein bis zu den Pariser Friedenschlüssen 1814/15	546
aa) Gründe für den Stillstand der rechtlichen Entwicklung bis zur Französischen Revolution	546
bb) Erste Ansätze zu einer Konkretisierung des Grenzverlaufes in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts	549

cc) Die normative Fixierung der Rheingrenze in den Vertragsinstrumenten der Jahre 1795 bis 1815	550
dd) Rheinregulierung und Grenzfestsetzung seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts	556
e) Die Nordgrenze des Elsass gegenüber Deutschland: Queich oder Lauter?	560
3. Die rechtshistorischen Fundamente des deutsch-französischen Grenzverlaufes im Lothringer Raum	568
III. Die fortdauernde Stabilität des Grenzverlaufes auf der Basis der den status quo ante von 1871 festschreibenden Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages	577

Teil IV

Die Grenzen des deutschen Staatsgebietes gegenüber staatsfreien Räumen

581

<i>Kapitel I: Das deutsche Küstenmeer und seine seewärtigen Grenzen</i>	583
I. Das Küstenmeer als Bestandteil des Staatsgebietes	584
II. Die Breite des Küstenmeeres	591
III. Die Entwicklung der deutschen Staatsgrenzen im Küstenmeer	603
IV. Zusammenfassendes Ergebnis	611
<i>Kapitel II: Der deutsche Luftraum und seine Grenzen</i>	614
I. Der Luftraum als Bestandteil des Staatsgebietes	614
1. Das zum Rechtssatz erstarkte Dogma uneingeschränkter Lufthoheit des Bodenstaates	614
2. Luftfreiheit contra Lufthoheit: Eine nicht abgeschlossene Debatte	618
II. Die obere Grenze des Staatsgebietes im Luftraum	633
III. Zusammenfassendes Ergebnis	640
<i>Kapitel III: Die Grenze des deutschen Staatsgebietes im Erdinneren</i>	642

Teil V

Zusammenfassendes Ergebnis

653

Literaturverzeichnis	665
Stichwortverzeichnis	733

Abkürzungsverzeichnis

Keine Aufnahme gefunden haben allgemeingebrauchliche oder im Text explizit eingeführte Abkürzungen.

ADAP	Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945 aus dem Archiv des Auswärtigen Amts
AdG	Archiv der Gegenwart
AFDI	Annuaire français de Droit International
AJIL	American Journal of International Law
AMAE.	[franz.] Archive du Ministère des Affaires Étrangères
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
ArchVR	Archiv des Völkerrechts
Austr. J.Publ.Intl.Law	Austrian Journal of Public and International Law (Österreichische Zeitschrift für öffentliches Recht und Völkerrecht)
BAnz	Bundesanzeiger
BayVB1	Bayerische Verwaltungsblätter
BDLG	Blätter für deutsche Landesgeschichte
BGB1	Bundesgesetzblatt
Bohemia	Zeitschrift für Geschichte und Kultur der böhmischen Länder (vormals: Jahrbuch des Collegium Carolinum)
BVerfG(E)	Bundesverfassungsgericht (Entscheidungssammlung)
BYIL	The British Year Book of International Law
DGVR	Deutsche Gesellschaft für Völkerrecht
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
Drucks. (BT-/BR-)	Drucksachen (des Deutschen Bundestages/Bundesrates)
Dumont	Corps Universel Diplomatique Du Droit des Gens – Vertragssammlung (13 Bände [z. T. Teilbände] Amsterdam 1726–1739)
DVB1	Deutsches Verwaltungsblatt
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
DVW	Deutscher Verein für Vermessungswesen
EA	Europa-Archiv
Eidgenössische Abschiede	– <i>Meyer von Knonau, Gerold/Krütli, Joseph/Kaiser, Jacob</i> (Hrsg. auf Anordnung der [Schweizer] Bundesbehörden), Amtliche Sammlung der ältern Eidgenössischen Abschiede 1245–1798 (8 Bände, z. T. in mehreren Teilbänden (wechselnde Verlagsorte Basel/Bern/Frauenfeld/Luzern/Zürich 1856–1886). – <i>Kaiser, Jacob</i> (Hrsg. auf Anordnung der [Schweizer] Bundesbehörden), 2. Aufl. Bern 1886) Repertorium der Abschiede der eidgenössischen Tagsatzung der Jahre 1803 bis 1813 (2. Aufl. Bern 1886) – <i>Kaiser, Jacob</i> (Hrsg. auf Anordnung der [Schweizer] Bundesbehörden)

	den), Repertorium der Abschiede der eidgenössischen Tagsatzung aus den Jahren 1814 bis 1848 (2 Bände Bern 1874/1876).
EPIL	Encyclopedia of Public International Law (Hrsg. <i>Rudolf Bernhardt</i>)
EuGRZ	Europäische Grundrechte Zeitschrift
GVBl	Gesetz- und Verordnungsblatt
GYIL	German Yearbook of International Law
HRG	Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte
HZ	Historische Zeitschrift
ICJ	International Court of Justice
ICLQ	The International and Comparative Law Quarterly
IDI	Institut de Droit International
ILA	International Law Association
(YB)ILC	(Yearbook of the) International Law Commission
JIR	Jahrbuch für Internationales Recht
LNTS	League of Nations Treaty Series
<i>Martens</i>	<i>Martens, Georg Friedrich von et al.</i> (Hrsg.)
– NRG	Nouveau recueil de traités [...] (16 Bde., Göttingen 1817–1842)
– NS	Nouveau suppléments au recueil de traités [...] (3 Bde., Göttingen 1839–1842)
MGH	Monumenta Germaniae Historica
– SS rer. Germ.	Scriptores rerum Germanicarum
– Const.	Constitutiones et acta publica imperatorum et regum
– DD	Diplomata
– Epp.	Epistolae
MGSL	Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde
MR	Militärregierung
NILR	Netherlands International Law Review
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht – Rechtsprechungsreport Verwaltungsrecht
NYIL	Netherlands Yearbook of International Law
<i>Parry, CTS</i>	<i>Parry, Clive</i> (Hrsg.), Consolidated Treaty Series – Vertragssammlung 1648–1919 (231 Bde. zzgl. Registerbände, Dobbs Ferry 1969–1986).
PrGS	Preußische Gesetzessammlung
RBDI	Revue belge de droit international
RdC	Recueil des Cours (Académie de Droit International/Den Haag)
RGBI	Reichsgesetzblatt
RGDIP	Revue Générale de Droit International Public
RIAA	Reports of International Arbitral Awards
StGBI	Staatsgesetzblatt (Österreich)
UNTS	United Nations Treaty Series
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
WuR	Wirtschaft und Recht
WVRK	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge vom 23. 5. 1969
ZAGV	Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZBLG	Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte
ZGO	Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins
ZLW	Zeitschrift für Luft- und Weltraumrecht

ZRG	Zeitschrift für Rechtsgeschichte
– Germ. Abt./KA	Germanistische/Kanonistische Abteilung
ZSHG	Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte

Teil I

Staat – Raum – Grenzen

„Weil der geringste Eingriff in das Gebiete anderer eine Ungerechtigkeit ist, so muss man um sich hierinn nicht zu vergehen und alle Gelegenheit zu Mißhelligkeiten zu vermeiden, die Grenzen der Gebiete auf das deutlichste und genaueste bestimmen und ausmarken.“

(Emer de Vattel, Le Droit des Gens ou Principes de la Loi Naturelle appliqués à la conduite & affaires des Nations & des Souverains, Buch II, Kapitel VII, § 92)¹

Kapitel I

Das Staatsgebiet als beständiger Grundpfeiler moderner Staatlichkeit

Das Ordnungsmodell einer „mit ursprünglicher Herrschermacht ausgerüsteten Verbandseinheit selbsthafter Menschen“, so die klassische *Jellinek'sche* Definition des Staates,² stellt auch heute noch in einem ganz pragmatischen Sinne den primären politischen Identifikationspunkt des Einzelnen³ sowie die für die politische Aktion und Interaktion entscheidende rechtlich organisierte Wirkungseinheit⁴ dar. In seiner Prägung als „moderner“, sich essentiell über das Wesensmerkmal der territorial definierten Souveränität charakterisierender Staat⁵ – einer Form des politischen Gemeinwe-

¹ Zitiert nach der Übers. von *Johann Philip Schulin* („Des Herrn von Vattels Völkerrecht: oder gründliche Anweisung wie die Grundsätze des natürlichen Rechts auf das Betragen und auf die Angelegenheiten der Nationen und Souveräne angewendet werden müssen“, 109f). Die Stelle lautet in der franz. Originalfassung: „Puisque la moindre usurpation sur le territoire d'autrui est une injustice, pour éviter d'y tomber, & pour éloigner tout sujet de discorde, toute occasion de querelle, on doit marquer avec clarté & précision les limites des territoires.“ (Ausgabe Neuchâtel 1777, Tome II, 111).

² Allgemeine Staatslehre, 172. Auch wenn dieser Begriff aus der politischen Welt der Neuzeit stammt, so ist er doch im 19. Jahrhundert, worauf *Brunner*, Land und Herrschaft, 111f unter Bezugnahme auf *Schmitt* (Staatliche Souveränität und freies Meer, 79) zu Recht hinweist, zum „allgemeinen Normalbegriff der politischen Organisationsform aller Zeiten und Völker [geworden], zum Oberbegriff für jedes dauernd geordnete Zusammenleben im politischen Verband.“ Auch in der vorliegenden Arbeit wird dieser Begriff zum Teil weit über die zeitlichen Grenzen der Existenz eines durch die Attribute moderner Staatlichkeit geprägten Gemeinwesen in die Vergangenheit transponiert, ohne dass natürlich verkannt würde, dass die charakteristischen Merkmale dieses Organisationsmodells in mittelalterlichen und auch noch frühneuzeitlichen Herrschaftsverbänden – wenn überhaupt – nur rudimentär vorhanden waren.

³ Deutlich in diesem Sinne auch *Roelofsen*, Grotius and the Development of International Relations Theory. The „Long Seventeenth Century and the Elaboration of a European States System“, *Grotiana* 18 (1997), 99: „They [die Staaten, *Anm. des Verf.*] still constitute by far the most important vehicles for the realisation of the political, cultural and economic aspirations of the mass of their citizens.“ Ähnlich auch *Kennedy*, In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert, 426f.

⁴ *Heller*, Staatslehre, 228ff. Ausdrücklich auf *Heller* beruft sich auch noch das BVerfG in seiner Maastricht-Entscheidung (E 89, 155ff, 186), wenn es deutlich zu erkennen gibt, dass für das höchste deutsche Gericht der Staat auch heute noch letztlich als einzig legitime Organisation eines „relativ homogenen – geistig, sozial und politisch“ verbundenen Volkes zu gelten habe (zur Frage, ob es sich hier nicht möglicherweise um ein „Fehlzitat“ des Bundesverfassungsgerichts handelt vgl. mit weiteren Nachw. *Folz*, Demokratie und Integration, 114f). Zu dem sich hier offenbarenden „rückwärtsgewandten“ Staatsverständnis vgl. stellvertretend für zahlreiche weitere kritische Stellungnahmen nur *Tomuschat*, Die Europäische Union unter der Aufsicht des Bundesverfassungsgerichts, EuGRZ 20 (1993), 496.

⁵ *Di Fabio*, Das Recht offener Staaten, 2, sieht hierin zu Recht die „Kernidee“ des modernen Staates überhaupt.

sens, in welchem die Völker Europas nunmehr bereits seit annähernd 500 Jahren ihre politische Einheit finden⁶ – hat sich dieses Modell nicht zuletzt durch den „Export“ im Zuge des Kolonialismus – inzwischen auch im weltweiten Rahmen so umfassend durchgesetzt, dass man heute geradezu von einer Gleichsetzung des Begriffs der auf einer territorialen Basis beruhenden politischen Organisationsform mit demjenigen des Staates sprechen kann.⁷ Ungeachtet der immer wieder geäußerten Erwartung, dass der Staat zu einer „überkommenen Kategorie“ zu werden drohe,⁸ zeigt sich doch gerade in jüngerer Zeit, dass dieses Organisationsmodell im Grunde genommen wenig von seiner Anziehungskraft verloren hat: Befreiungs- und Sezessionsbewegungen ebenso wie Untergrundarmeen und andere Gruppen, welche auf die Veränderung des gesellschaftlich-politischen und/oder rechtlichen *status quo* eines bestimmten Gebietes hinarbeiten, beabsichtigen regelmäßig nicht etwa die Etablierung

⁶ *Grimm*, Recht und Staat der bürgerlichen Gesellschaft, 53. Die vielschichtigen gesellschaftlichen Ausdifferenzierungen und die komplexen machtpolitischen Verschiebungen, die in einem mehrere Jahrhunderte währenden Prozess schließlich zu Beginn der Neuzeit zur Ausbildung des auch heute noch gültigen Staatsmodells, in dem die politische Gewalt institutionell verstetigt, territorial monopolisiert und grundsätzlich von anderen gesellschaftlichen Sphären unabhängig geworden war, führten (vgl. hierzu mit Hinweisen auf die soziologische Systemtheorie [vor allem *Niklas Luhmann*, Die Gesellschaft der Gesellschaft, 1997] *Di Fabio*, Das Recht offener Staaten, 16ff), sind vielfach analysiert worden: Vgl. nur *von der Heydte*, Die Geburtsstunde des souveränen Staates (1952); die Beiträge (insbes. von *Näf*, Frühformen des „modernen“ Staates“ im Spätmittelalter, 101ff, *Brunner*, Vom Gottesgnadentum zum monarchischen Prinzip. Der Weg der europäischen Monarchie seit dem Hohen Mittelalter, 115ff, *Oestreich*, Die Idee des religiösen Bundes und die Lehre vom Staatsvertrag, 137ff) in: *Hofmann* (Hrsg.), Die Entstehung des modernen souveränen Staates (mit umfassendem Nachw. der älteren Literatur, ebd., 461ff); *Böckenförde*, Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation, in: *ders.*, Staat-Gesellschaft-Freiheit, 42ff; sowie die Beiträge in: *Genet* (Hrsg.), L'état moderne: Genèse. Bilans et perspectives (1990).

⁷ Wie wenig wir heute noch in der Lage sind, abweichende Organisationsformen überhaupt schon begrifflich zu erfassen, zeigt beispielhaft die nun schon eine Reihe von Jahren andauernde Situation in Somalia, die – ohne das Bestehen einer aktuellen Bürgerkriegslage – durch das Fehlen einer Zentralgewalt in einem durchaus definierten Territorium gekennzeichnet ist, und deren innere Struktur wir nurmehr negativ als „failed state“ (Begriffsprägung durch *Helman/Ratner*, Saving Failed States, Foreign Policy 1992/93, 3ff) oder, allerdings eher hilflos und ohne genaues Vorstellungsbild, positiv als „Clanherrschaft“ kennzeichnen (vgl. nur den *Report of the Secretary-General in Somalia*, 16 August 1999, S/1999/882: „The functions that states perform ... are absent“ und „Somalia ... is divided on clan lines“, ebd., 15; vgl. mit weiteren Nachw. speziell zur Situation in Somalia und seinen sich sukzessive verselbständigenden territorialen Bestandteilen (Somaliland, Puntland) *Hoyle*, Somaliland: Passing the Statehood Test?, Boundary and Security Bulletin 8/3 (2000), 80ff; und allgemein zum Phänomen *Thürer*, Der Wegfall effektiver Staatsgewalt: „The Failed State“, Berichte DGVR 34 (1996), 9ff; *ders.*, The „failed State“ and international law, Revue internationale de la Croix-Rouge 81 (1999), 731ff; und *Herdegen*, Der Wegfall effektiver Staatsgewalt im Völkerrecht: „The Failed State“, Berichte DGVR 34 (1996), 49ff, wo – auch in Anbetracht der zunehmenden Zahl weiterer objektiv (zumindest vorübergehend) „scheiternder Staaten“ (z. B. Albanien, Sierra Leone, Kongo ...) – der Eindruck bestätigt wird, dass uns das Denken in organisationsrechtlichen Alternativen zum traditionellen Staatsmodell schwerfällt, wenn nicht gar unmöglich ist. Auch die Schwierigkeiten, welche die Völkerrechtslehre (trotz grundlegender Arbeiten wie etwa derjenigen von *Frowein*, Das de-facto Regime im Völkerrecht [1968]) nach wie vor damit hat, das Phänomen des „De facto Regimes“ im Einzelfall in überzeugender Weise vom „Staat“ abzugrenzen, müssen letztlich als Bestätigung dieses Befundes gelten.

⁸ Vgl. etwa Editorial, Staatswissenschaften und Staatspraxis 1 (1990), 3.

völlig neuer politischer Organisationsstrukturen. Ihr Bestreben ist vielmehr auch heute noch fast stets einzig und allein auf die Errichtung eines souveränen Staatswesens im Sinne des vor mehr als 300 Jahren wesentlich von *Nicolò Machiavelli*, *Jean Bodin* und *Thomas Hobbes* theoretisch ausgearbeiteten Modells⁹ gerichtet.

Auch wenn der Staat sicher nicht als „anthropologische Notwendigkeit“ angesehen werden kann,¹⁰ so wird sich doch an seiner dominanten Rolle als „Hegungsform soziopolitischer Dynamik“¹¹ auf absehbare Zeit auch dadurch nichts ändern, dass die Defizite dieses Organisationsmodells zur Bewältigung der umfassender werden den transnationalen und in zunehmendem Maße auch globalen Problemlagen immer offensichtlicher werden.¹² Tatsächlich obliegt es nämlich wiederum primär der Wir-

⁹ Vgl. hierzu nur jeweils mit umfassenden weiterführenden Hinweisen *Münckler*, Machiavelli, in: *Maier/Denzer* (Hrsg.), *Klassiker des politischen Denkens I*, 119ff; *Denzer*, Bodin, ebd., 179ff; *Chwaszcza*, Hobbes, ebd., 209ff. Zusammenfassend auch *Zippelius*, *Geschichte der Staatsideen*, 89ff. Vgl. zur von *Machiavelli* erstmals in aller Schärfe formulierten, und wohl das Grundaxiom der modernen Staatsidee schlechthin konstituierenden „Autonomie der Politik“, d.h. insbes. ihrer Emanzipation von religiösen und naturrechtlichen Bindungen, *Stolleis*, *Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland I*, 90ff. Auch wenn *Bodin* selbst sich noch nicht völlig vom mittelalterlich-personalen Staatsdenken zu lösen vermochte und das eigentliche Substrat des von ihm theoretisch geformten Gemeinwesen noch in erster Linie in der Herrschaft über Personenverbände („mesnages“ = Familien, *Les six livres de la République*, I: „La République est un droit gouvernement de plusieurs mesnages & de ce qui eux est commun, avec puissance souveraine.“; zur Bedeutung der Familie [„des Hauses“] im frühneuzeitlichen Staatsdenken vgl. *Brunner*, *Die alteuropäische „Ökonomik“*, *Zeitschrift für Nationalökonomie* 13 [1952], 114ff) und nicht etwa in dessen territorialer Radizierung bestand (missverständlich daher *Di Fabio*, *Das Recht offener Staaten*, 17), hat der *Bodin'sche* Souveränitätsbegriff doch alsbald (*Gentilis/Ayala*) eine dauerhafte Umdeutung von der Herrschaft über Personen hin zur Souveränität des Herrschers über ein bestimmtes Gebiet erfahren, womit der bis heute gültige territoriale Souveränitätsbegriff geprägt war (vgl. hierzu mit weiteren Nachw. *Vogel*, *Der räumliche Anwendungsbereich der Verwaltungsrechtsnorm*, 54f und bereits im Jahre 1843 in geradezu klassischer Formulierung *Welcker*, *Territorium (Staatsgebiet)*, *Territorialprinzip und Territorialhoheit*, in: *Staats-Lexikon* Bd. 15, 348: „Da sich in und mit dem Territorium in räumlicher Beziehung der Wirkungskreis einer concreten Staatsgewalt bestimmt, keine Staatsgewalt aber in ihrem Gebiete anders als *exclusiv* wirken kann, eben darum aber auch die Staatsgewalt alle Personen und Sachen innerhalb der Landesgrenzen ohne Ausnahme beherrscht, so liegt in dem Begriffe des Territoriums auch zugleich die Regel für die praktische und concrete Umfangsbestimmung für die Staatsgewalt selbst, nämlich das sogenannte *Territorialprinzip*.“ (*Hervorhebungen im Original*).

¹⁰ In diesem Sinne aber *Scheuner*, *Der Staat*, in: *Staatstheorie und Staatsrecht*, 25, der glaubt, den „Staat nicht nur als Sein, sondern als eine Aufgegebenheit des menschlichen Daseins“ erfassen zu müssen und der diese These sodann unter Berufung auf (angebliche) anthropologische Determinanten weiter ausführt. Ähnlich aus der Sicht der katholischen Naturrechtslehre *Kipp*, *Mensch, Recht und Staat*, 63f, nach dem die – im scholastischen Sinne – „causa prima“ des Staates die von Gott gewollte Natur des Menschen ist. Ebenso ist es sicher historisch unzutreffend, den Staat als „uranfänglich“ (*Dahlmann*, *Die Politik*, 37) zu bezeichnen oder seine Bedeutung gar im Sinne von *Hegel*, *Grundlinien der Philosophie des Rechts*, 195 in radikaler Abkehr von jeglicher „Überbaukonstruktion“ als „Wirklichkeit der sittlichen Idee“, d.h. als Verkörperung einer umfassenden Willens- und Bewusstseinsseinheit und damit Ziel der Weltgeschichte zu überhöhen (vgl. hierzu auch *Trott zu Solz*, *Hegels Staatsphilosophie und das Internationale Recht*, 52ff). Zur marxistischen Kritik an den bürgerlichen Theorien über die „unausweichliche Notwendigkeit“ des Staates vgl. *Institut für Theorie des Staates und des Rechts der Akademie der Wissenschaften der DDR* (Hrsg.), *Marxistisch-leninistische Staats- und Rechtstheorie*, 85ff.

¹¹ *Mayer-Tasch*, *Politische Theorie des Verfassungsstaates*, 20.

¹² Mit dem Bild der sich immer weiter öffnenden Schere zwischen nationalstaatlich begrenzten

kungseinheit Staat auf diese Entwicklungen zu reagieren, sei es durch eine Neuinterpretation seiner Strukturelemente unter Berücksichtigung der internationalen Verflechtung, sei es durch eine – auch normative – Neubestimmung seines Verhältnisses zur „Außenwelt“, eine verstärkte Kooperation mit anderen Staaten auf bi- oder multilateralem Wege, eine zunehmende Einbeziehung neuer nichtstaatlicher Akteure in die Suche nach Problemlösungen oder aber schließlich die Instrumentalisierung anderer Organisationseinheiten, insbesondere also inter- und supranationaler Organisationen.¹³ Auch wenn das gerade in Europa zu beobachtende Aufkommen „komplex-verschränkter großräumiger Hegungsstrukturen mit bundesstaatlichen Verdichtungstendenzen“¹⁴ in besonderem Maße die Auffassung zu bestätigen scheint, dass der Staat nur ein unter bestimmten soziokulturellen Bedingungen historisch gegebenes und gewordenes Phänomen,¹⁵ mithin ein durchaus „sterblicher Gott“¹⁶ ist, stellt dieses Organisationsmodell doch auch im europäischen Kontext – jedenfalls in einer mittelfristigen Perspektive – nach wie vor die zentrale Denkfigur und den be-

Handlungsspielräumen und Imperativen der weltweit vernetzten Produktionsverhältnisse kennzeichnet *Habermas* sicher den wichtigsten, wenn auch sicher nicht einzigen Aspekt dieser Entwicklung (Braucht Europa eine Verfassung? Eine Bemerkung zu Dieter Grimm, in: die Einbeziehung des Anderen, 187). Vgl. zum Anpassungsdruck dem der moderne verfasste Staat heute aus einem ganzen Bündel von Gründen unterliegt auch *Grimm*, Die Zukunft der Verfassung, Staatswissenschaften und Staatspraxis 1 (1990), 5ff.

¹³ Tatsächlich erleben wir zur Zeit ja nicht etwa das Absterben des Staates als Organisationsform an sich, sondern werden vielmehr im Angesicht eines komplexer werdenden internationalen Beziehungsgeflechts im wissenschaftlichen Schrifttum, aber durchaus auch in Rechtsprechung und Verfassungspraxis, Versuche einer „Neupositionierung“ des Staates gemacht, die an dieser Stelle nur plakativ mit den Schlagworten „Abschied von einem introvertierten Staatsverständnis“ und der „Hinwendung zu einem Konzept offener Staatlichkeit“ gekennzeichnet werden sollen (vgl. nur statt aller *Tomuschat*, Der Verfassungsstaat im Geflecht der internationalen Beziehungen, VVDStRL 36 [1978], 7ff sowie *Häberle*, Der kooperative Verfassungsstaat, in: Verfassung als öffentlicher Prozeß, 407ff).

¹⁴ *Mayer-Tasch*, Politische Theorie des Verfassungsstaates, 21. Skeptisch gegenüber der baldigen Etablierung eines Europäischen Bundesstaates *Di Fabio*, der für die Europäische Union als „verdichtete(r) kontinentale(r) Handlungseinheit“ im Sinne eines „Transformationsmodells“, jedenfalls in mittelfristiger Perspektive, eine Staatenverbundsstruktur favorisiert (Das Recht offener Staaten, 139ff).

¹⁵ *MayerTasch*, a.a.O. Auch *Grimm*, Recht und Staat der bürgerlichen Gesellschaft, 54 stellt zu Recht fest, dass der Staat seine Existenz „einer ganz bestimmten historischen Konstellation“ verdankt, was den Schluss nahezu unausweichlich macht, dass beim Wegfall bestimmter Bedingungen auch der Staat seine Legitimationsgrundlage zu verlieren droht. Ähnlich auch *Brandt*, Über die einzig mögliche Aufgabe des Staates – Die globale Rechtsverwirklichung, Der Staat 27 (1988), 515.

¹⁶ *Hobbes*, Leviathan, Teil II Kap. VII. Das lateinische „civitas“ wird zwar im *Hobbes'schen* Original mit „common-wealth“ wiedergegeben [... the Multitude so united in one Person, is called a COMMON-WEALTH, latine CIVITAS“, Leviathan, 89); das deutsche Äquivalent hierzu ist aber – wie auch alle Übersetzungen bestätigen – der Begriff des „Staates“ im Sinne des neuzeitlichen Denkens. Die Gottesebenbildlichkeit – und damit die Überlegenheit gegenüber anderen Organisationsformen – bezieht der Staat nach *Hobbes* nur daraus, dass er gleich Gott das Leben der Menschen zu bewahren vermag: „[Der Staat]... to which wee owe under the *Immortall God*, our peace and defence“ (Leviathan, 89). Sterblich, d. h. seiner Funktion beraubt und damit letztlich entbehrlich, ist der Staat mithin nach *Hobbes* dann, wenn er diese Friedens- und Schutzfunktion nicht mehr zu erfüllen imstande ist. Für *Hobbes* war hiermit die Befürchtung eines Rückfalls in den Naturzustand verbunden; die Vorstellung, dass anstelle des Staates andere Organisationsformen die Befriedungsfunktion übernehmen könnten, war ihm naturgemäß noch fremd.

deutendsten Ordnungsrahmen für das Zusammenwirken von Menschen dar.¹⁷ Auch eine „transmoderne“ Staatstheorie, wie sie etwa *Di Fabio* in Grundzügen entwickelt hat,¹⁸ anerkennt zwar die unabdingbare Notwendigkeit einer durchaus radikalen Wandlung der Staatsgestalt hin zu einer „offenen Staatlichkeit“, gipfelt aber letztlich doch in dem Satz: „Der Staat bleibt.“¹⁹

Das sich immer weiter verdichtende internationale „Kooperationsgeflecht“²⁰ zwingt zwar das tradierte staatstheoretische Modell als Ganzes zu einer Neupositionierung; der Änderungs- und Anpassungsdruck betrifft seine einzelnen konstitutiven Elemente jedoch in durchaus unterschiedlicher Art und Intensität.

Zunächst kann es, trotz aller Versuche auch diesen Vorgang noch in die Zwangsjacke überkommener staatstheoretischer Begrifflichkeit zu pressen,²¹ nur schwerlich mit dem tradierten – allerdings nie vollständig kritiklos gebliebenen – Verständnis von Souveränität als höchster und nach außen hin Exklusivität beanspruchender Gewalt in Einklang gebracht werden,²² wenn im innerstaatlichen Rechtsraum einer „aus einer autonomen Rechtsquelle“ fließenden Rechtsordnung wie dem Europäischen Gemeinschaftsrecht nicht nur punktuell, sondern, sowohl was die Regelungsmaterien als auch die Regelungsdichte angeht, immer „flächendeckender“ unmittelbare Geltung mit Vorrang gegenüber dem nationalen Recht eingeräumt wird.²³ Im Lichte

¹⁷ *Saladin*, Wozu noch Staaten?, 11. Auch *Grimm*, Recht und Staat der bürgerlichen Gesellschaft, 82f, hält es jedenfalls zur Zeit noch für „voreilig“ vom baldigen Wegfall des Staates auszugehen. S. in diesem Sinne auch *Bindschedler*, Zum Primat der Aussenpolitik, Festschrift Hofer, 34. Dass *Forstboff* bereits 1971 das erste Kapitel seines Buches „Der Staat der Industriegesellschaft“ mit dem Titel „Erinnerung an den Staat“ versehen zu können glaubte, liegt allein an der verfehlten Verengung des Staatsbegriffes auf das im 19. Jahrhundert geprägte Modell einer Organisationsform, in der – in geistiger Nähe zu *Carl Schmitt* - Souveränität mit „effektiver und allumfassender Höchstmächtigkeit“ gleichgesetzt wurde, einem Staatsverständnis nach dem schon partielle Souveränitätsverluste, wie sie tatsächlich seit dem 1. Weltkrieg in zunehmendem Maße zu beobachten waren, dem Gemeinwesen die Staatlichkeit rauben mußten.

¹⁸ Das Recht offener Staaten, 122ff.

¹⁹ Ebd., 145. Genau so auch die kategorische Feststellung von *Czempiel*, Die Zukunft des Staates ist gesichert, in: *Meier-Walser/Luther* (Hrsg.), Europa und die USA, 37; im Ergebnis ebenso *Smith*, Elf Thesen zur Zukunft des Nationalstaats, ebd., 29f („Totgesagte leben länger“); *Joetze*, Die Zukunft der Staaten und Nationen, ebd., 53 und *Hedley Bull* in seinem Aufsatz mit dem programmatischen Titel „The State's Positive Role in World Affairs“ (*Daedalus* 108 [4/1979], 111ff). Überhaupt scheint auch die politische Wissenschaft in jüngerer Zeit zunehmend von ihrer in den vergangenen Jahrzehnten geradezu leitmotivisch gepflegten These des baldigen „Untergangs“ des Staates und seiner Ersetzung durch eine wie auch immer geartete andere Form des politischen Gemeinwesens (Nachw. bei *Smith*, a.a.O., 29f) abzurücken.

²⁰ Begriff bei *Di Fabio*, Das Recht offener Staaten, 126.

²¹ Einen derartigen Versuch unternimmt letztlich auch das Urteil des BVerfG vom 12.10.1993 (BVerfGE 89, 155ff – *Maastricht*-Entscheidung).

²² Vgl. etwa mit zahlr. Nachw. die Begründung der „Notwendigkeit der Einzigkeit“ der Staatsgewalt bei *Krüger*, Allgemeine Staatslehre, 847ff, wo u.a. die These verfochten wird: „Um wahrhaft wirksam sein zu können, muß somit die Staatsgewalt die einzige innerhalb ihrer Grenzen sein.“ (ebd., 849).

²³ Vgl. insoweit nur die Leitentscheidungen des EuGH in den Rs. 26/62 (*van Gend & Loos*), Urteil v. 5.2.1963, Slg. 1963, 1ff und Rs. 6/64 (*Costa/ENEL*), Urteil v. 15.7.1964, Slg. 1964, 1141. In diesem Zusammenhang muss auch darauf hingewiesen werden, dass inzwischen über 80% der gesamten

eines traditionellen Begriffsverständnisses mutet denn auch die Formel des Bundesverfassungsgerichts von der gemeinsamen Souveränitätsausübung der Mitgliedstaaten durch die Europäische Union²⁴ in gewisser Weise paradox an.²⁵ Die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Neuinterpretation des staatsrechtlichen Grundbegriffs „souveräne Staatsgewalt“ erscheint damit jedenfalls bereits zum jetzigen Zeitpunkt unabweisbar.

Eine ähnliche Notwendigkeit steht möglicherweise auch in Bezug auf ein weiteres konstitutives Element des Staatsbegriffs, das Staatsvolk, unmittelbar bevor.²⁶ Dass das personale Element des Staates nicht mit einem wie auch immer definierten „Volksbegriff“ identifiziert werden kann, sondern sich vielmehr auf ein rein rechtliches Band, die Staatsbürgerschaft, reduziert, ist längst allgemein anerkannt.²⁷ Aber auch dieses rechtliche Band verliert in einem zusammenwachsenden Europa zunehmend seine Kernfunktion, nämlich ein besonderes, Dritte grundsätzlich ausschließendes, Rechte- und Pflichtenverhältnis zwischen bestimmten Individuen und „ihrem“ Staat zu begründen.²⁸ Hatten schon die Grundfreiheiten des Gemeinschaftsrechts den Bürgern anderer EG-Staaten vormals exklusiv den eigenen Staatsangehörigen vorbehaltenen Rechtspositionen, wie etwa das unbeschränkte Zugangsrecht zum Arbeitsmarkt, das faktisch nicht mehr beendbare Aufenthaltsrecht, das Recht auf Ausbildung sowie die Teilhabe an den Sozialsystemen, geöffnet, so droht das Staatsangehörigkeitsprivileg durch die rechtliche Egalisierung weit in den allgemeinpolitischen Bereich vorantreibende Unionsbürgerschaft²⁹ vollends zu einem

Rechtsetzungstätigkeit auf nationaler Ebene durch das Handeln der Gemeinschaftsorgane inhaltlich determiniert ist.

²⁴ BVerfGE 89, 188f (Maastricht Urteil): „Die Mitgliedstaaten haben die Europäische Union gegründet, um einen Teil ihrer Aufgaben gemeinsam wahrzunehmen und insoweit ihre Souveränität gemeinsam auszuüben.“

²⁵ Da jedenfalls der klassische Souveränitätsbegriff einer *summa potestas*, d.h. einer im Kern ungeteilten Herrschaftsmacht, in einem nicht-unitarischen System (Mitgliedstaaten/ Europäische Union) offensichtlich nicht mehr (ohne weiteres) verwendbar ist (vgl. auch Mayer, Kompetenzüberschreitung und Letztentscheidung, 45 mit umfangreichen Nachw. in Fn. 134: „Auf die Frage der Teilbarkeit von Souveränität sind allgemein anerkannte Konzepte nicht in Sicht.“), lässt sich sogar fragen, welchen Sinn die Instrumentalisierung dieser Begrifflichkeit im Verhältnis zwischen Union und Mitgliedstaaten überhaupt noch hat, und ob die Art und Weise seiner Verwendung durch das BVerfG nicht vielmehr eine „Denkblockade“ auslöst (vgl. zu den zahlr. kritischen Stimmen zum Souveränitäts- und Staatsverständnis des BVerfG nur die Nachw. bei Schwarze, Europäische Einflüsse auf das nationale Verfassungsrecht aus der Sicht ausgewählter Mitgliedstaaten. Deutscher Landesbericht, in: Schwarze (Hrsg.), Die Entstehung einer europäischen Verfassungsordnung, 142 Fn. 195).

²⁶ Vgl. zu entsprechenden Entwicklungstendenzen („from citizenship to post-national membership?“) nur mit weiteren Nachw. Dittgen, The End of the Nation State? Borders in the Age of Globalisation, in: Pratt/Brown (Hrsg.), Borderlands under Stress, 59f.

²⁷ Entsprechend bereits die Kelsen'sche These, wonach das Volk als Summe der rechtlich definierten Staatsbürger eine rein „normative Einheit“ darstelle, und dass es daher vergeblich sei, das Volk als „natürlich reale“ Einheit zu begreifen, ja dass eine derartige Vorstellung „ebenso primitiv wie irreführend sei“ (Allgemeine Staatslehre, 149f).

²⁸ Vgl. hierzu nur BVerfGE 54, 70: „Die Staatsangehörigkeit im völkerrechtlichen Sinne ist ein rechtliches Band, das auf einer tatsächlichen sozialen Bindung gründet, räumlich unbeschränkt ist und aus dem sich bestimmte Rechte und Pflichten gegenüber einem Staat ergeben.“

²⁹ Vgl. Art. 17ff EG-Vertrag.

nudum ius zu werden. Was macht den besonderen Status des durch das Rechtsinstitut der Staatsbürgerschaft qualifizierten Staatsvolkes noch aus, wenn das Aufenthaltsrecht nunmehr völlig losgelöst von der Notwendigkeit einer zumindest auch wirtschaftlichen Motivation zur allgemeinen Personenfreizügigkeit erweitert worden ist, wenn die Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts (wenn auch bisher nur beschränkt auf die kommunale Ebene) nicht mehr allein an das Kriterium der Staatsangehörigkeit anknüpft, wenn das Recht auf diplomatischen und konsularischen Schutz im Ausland sich ebenfalls von diesem Kriterium zu lösen beginnt, und wenn schließlich – ein nicht sehr spekulativer Blick in die Zukunft – Wehr- und/oder andere Dienstpflichten in einer gesamteuropäischen Verteidigungs- und Sicherheitsarchitektur den Einzelnen auch nicht mehr über das Merkmal der Staatsbürgerschaft erfassen? Nicht unvorstellbar ist so, dass der differenzsetzende Begriff des deutschen Staatsbürgers allmählich eingeschmolzen wird in denjenigen des europäischen Bürgers.³⁰ Seiner substantiellen Bedeutung weitgehend entleert, steht dem allgemein als konstitutiv für die Existenz des Staates angesehenen Element des Staatsvolkes damit in Europa möglicherweise ein ähnliches Schicksal bevor, wie dies bereits im Hinblick auf das personale Element der deutschen Bundesländer der Fall ist: Seine faktische und rechtliche Marginalisierung. Es scheint damit fast so, als ob *Kelsen* mit seiner Auffassung Recht behalten sollte, dass es sich auch bei der Staatsbürgerschaft zwar um eine regelmäßige Institution des modernen Staates handle, sie aber dem Staate als solchem nicht wesentlich sei.³¹

Auch ohne eine hier nicht zu leistende vertiefte Reflexion, scheint sich unsere Vorstellung vom Staat tatsächlich inzwischen so weit an die mit den Stichworten Internationalisierung, Globalisierung und Vernetzung gekennzeichneten Strukturveränderungen angepasst zu haben, dass wir – im Sinne einer staatstheoretischen Äquivalenztheorie – sowohl das Konzept der höchsten und ungeteilten Staatsgewalt (also das klassische, aus der Souveränität fließende staatliche Gewaltmonopol) als auch dasjenige des personalen Substrats des Staates in der Form des Staatsvolkes hinwegdenken können, ohne dass für uns damit der Staat als solcher entfiele. Zumindest aber verlieren beide „Elemente“ auch im allgemeinen Bewusstsein offensichtlich immer mehr ihre ursprünglich trennscharf abgrenzende Funktion, die sich in den klassischen Gegensatzpaaren eigene/fremde Hoheitsgewalt, Inländer/Ausländer manifestiert. Ohne damit das Konzept des Staates selbst in Frage zu stellen, können wir heute etwa ganz unbefangen mit dem Bundesverfassungsgericht von „geteilter Ho-

³⁰ Es erscheint so nicht ausgeschlossen, dass die – dem nationalistischen Zeitgeist entsprechend pathetisch überhöhte – Charakterisierung der Nation durch *Renan* („Qu'est-ce qu'une nation?“) aus dem Jahre 1882 in einer mittelfristigen Perspektive zumindest *mutatis mutandis* Charakteristika eines Europäischen Volkes beschreiben könnte: „Avoir des gloires communes dans le passé, une volonté commune dans le présent; avoir fait des grandes choses ensemble, vouloir en faire encore, voilà les conditions essentielles pour être un peuple.“ (ebd., 240).

³¹ Allgemeine Staatslehre, 160. Es muss allerdings betont werden, dass *Kelsen* den Begriff des „Staatsvolkes“ im Sinne der reinen Rechtslehre weiter als allgemein üblich versteht, soll es doch alle Individuen – und damit auch „Fremde“ – umfassen, sofern diese der staatlichen Rechtsordnung unterworfen sind (ebd.).

heitsgewalt“ oder mit Gesetzgebung, Verwaltungspraxis und Schrifttum von „Inländergleichbehandlung“, ja „-diskriminierung“ und sogar vom Phänomen eines „Bildungsinländers“ sprechen.

Anders stellt sich die Situation indes hinsichtlich des dritten „klassischen“ Elements des Staatsbegriffs dar, dem Staatsgebiet. Insoweit hat die bereits 1919 getroffene Feststellung von *Robert Sieger*, dass wir es – ganz unabhängig von unserer Auffassung über das Wesen des Staates und dessen Verhältnis zu „seinem“ Territorium³² – schlichtweg nicht vermögen, uns den Staat ohne Gebiet vorzustellen,³³ tatsächlich bis heute uneingeschränkte Gültigkeit behalten.³⁴ Dieser Befund lässt sich selbst am Beispiel der Bundesländer verifizieren, erscheint es uns doch mit deren Staatlichkeit offensichtlich nicht grundsätzlich unvereinbar, dass deren Staatsvolk praktisch völlig im deutschen Volk „mediatisiert“ ist und auch die von den staatlichen Einheiten der Bundesrepublik ausgeübte Staatsgewalt keineswegs als „*summa potestas*“ im Sinne des klassischen Souveränitätsbegriffs qualifiziert werden kann. Ein Staat ohne eige-

³² Der zu dieser Frage insbes. in den Jahrzehnten um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert bibliotheksfüllend ausgetragene Theorienstreit (die zeitlichen „Eckpunkte“ dürften durch die Arbeiten von *Fricker*, Vom Staatsgebiet [1867] und *Hamel*, Das Wesen des Staatsgebietes [1933] markiert sein), welcher der Überwindung und Ersetzung der älteren patrimonialstaatlichen Auffassung – die in Anknüpfung an das römische Recht den Landesherrn als Obereigentümer betrachtete – diene, soll und kann hier weder referiert noch um eine weitere Facette angereichert werden (wesentliche Beiträge zu dieser zum Teil auf einer sehr abstrakten Ebene diskutierten Frage, die bezeichnenderweise fast ausschließlich das deutschsprachige, überwiegend sogar nur das österreichische Schrifttum beschäftigt hat, stammen u.a. von *Radnitzky*, Rechtliche Natur des Staatsgebietes, AöR 20 (1905), 313ff, 22 (1907), 416ff; 28 (1912), 454ff; *Henrich*, Kritik der Gebietstheorien, Zeitschrift für Völkerrecht 13 (1926), 28ff, 194ff, 325ff; *Kelsen*, Allgemeine Staatslehre, 137ff [alle sog. „Kompetenztheorie“]; kritisch aus der Sicht der sog. „Objekttheorie“: *Donati*, Stato e territorio (1924); repräsentativ zur sog. „Raumtheorie“ *Meyer*, Lehrbuch des Deutschen Staatsrechtes, 194f; „Das Gebiet ... bestimmt nur den räumlichen Umfang der Staatsherrschaft“; zusammenfassende Darstellungen bei *Verdross*, Staatsgebiet, Staatengemeinschaftsgebiet und Staatengebiet, Niemeyers Zeitschrift für Internationales Recht 37 (1927), 29ff; *Schoenborn*, La nature juridique du territoire, RdC 30 (1929-V), 81ff, insbes. 111ff; *Giese*, Handbuch des Deutschen Staatsrechts I, 225ff und umfassend *Hamel*, a.a.O., 86ff). Der Verfasser teilt vielmehr vollinhaltlich die heute wohl ganz herrschende Auffassung *Vogels* (Staatsgebiet, Evangelisches Staatslexikon Bd. II, 3394), *Krügers* (Allgemeine Staatslehre, 90f), *Sterns* (Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland I, 235f) und *von Vitthums* (Staatsgebiet, Handbuch des Staatsrechts I, 713), wonach weder „Objekt-“ noch „Raum-“ oder „Kompetenztheorien“ jeweils mehr als nur einen Teilaspekt der Bedeutung des Raumes für den Staat erfassen, und es daher zu dessen vollumfänglicher Erfassung einer Kombination dieser theoretischen Ansätze bedarf: „Es [das Staatsgebiet, *Anm. des Verf.*] ist für ihn sowohl Kompetenzbereich wie Gegenstand und Grundlage seiner Herrschaft und notwendiges Element seiner Existenz, es bestimmt – in der Auseinandersetzung mit den benachbarten Staaten – seine Entstehung, seine Gestalt und seine Politik nach innen und außen, es ist von entscheidender Bedeutung für das Staatserlebnis, es ist schließlich Anknüpfungspunkt und prinzipiell auch Begrenzung für die Ausübung seiner Gebietshoheit.“ (*Vogel*, ebd.).

³³ Staatsgebiet und Staatsgedanke, in: Mitteilungen der geographischen Gesellschaft in Wien 62 (1919), 3. Zustimmend zitiert auch von *von Vitthum*, Staatsgebiet, Handbuch des Staatsrechts I, 710.

³⁴ Vgl. stellvertretend statt aller nur *Vogel*, Staatsgebiet, Evangelisches Staatslexikon Bd. II, 3394: „Der neuzeitliche europäische Staat ist ohne sein Gebiet nicht zu denken“ und *Kriele*, Einführung in die Staatslehre, 83, der feststellt, dass die Notwendigkeit eines Staatsgebietes „uns selbstverständlich und fast banal erscheint.“

nes Staatsgebiet hingegen ist, und dies gilt eben selbst für die Gliedstaaten eines Bundesstaates, undenkbar: Der moderne Staat ist *Gebietskörperschaft* oder er ist nicht.³⁵

Trotz Aufhebung von Grenzkontrollen und einer sich auf allen Ebenen verstärkenden grenzüberschreitenden Kooperation hat sich das Staatsgebiet schließlich auch seine Grenz- und Ausschlussfunktion weitestgehend bewahrt. Dies manifestiert sich nicht zuletzt in dem nach wie vor mit einem sehr festen Assoziationsgehalt versehenen, räumliche Identität stiftenden und gleichzeitig räumliche Differenz schaffenden Gegensatzpaar Inland/Ausland. Die relative Stabilität, die sich dieses Grundaxiom der Staatslehre bis heute bewahrt hat, nötigt denn auch eine „transmoderne“ Staatstheorie zu der Feststellung: „Die Territorialität ... souveräner Staaten bleibt wichtig ...“.³⁶ Diese Territorialität im Sinne einer staatsrechtlichen Kategorie weist tatsächlich bis heute kaum ernsthafte pathologische Symptome auf, sondern erweist sich vielmehr als *der* nach wie vor weitgehend intakte begriffliche und faktische Grundpfeiler des modernen Staates und stellt sich damit unverändert als dessen – in der Formulierung *Smends* – „grundlegendste sachliche Wesenskonkretisierung“³⁷ dar.

Dass sich die Staatsgewalt ganz primär in einem durch Grenzen bestimmten Gebiet entfaltet, ist im Hinblick auf die Konstruktion des neuzeitlichen Staates als eines streng territorial radizierten Gemeinwesens nicht nur zu Recht als „selbstverständlich und fast banal“ charakterisiert worden,³⁸ sondern hat vielmehr in der deutschen Rechtsordnung nicht zuletzt in einer Vielzahl direkt oder indirekt an das Gegensatz-

³⁵ Vgl. *Stern*, Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland I, 235 und in diesem Sinne auch bereits *Bluntschli*, Land, in: *Bluntschli/Brater* (Hrsg.), Deutsches Staats-Wörterbuch Bd. 6, 209: „Erst wenn ein Volk zu dauernder politischer Herrschaft über einen Teil der festen Erdoberfläche gelangt ist, d. h. ein Land erworben hat, ist ein wirklicher Staat möglich geworden. So lange die Horde noch ohne Heimatsgefühl in nomadischer Wanderung begriffen ist, fehlt ihr die feste Ruhe, ohne welche eine Staatsordnung nicht zu denken ist ... *Ohne Land kein Staat*“ (*Hervorhebung im Original*).

³⁶ *Di Fabio*, Das Recht offener Staaten, 135. Auch *Fiedler*, Die Grenze als Rechtsproblem, in: *Haubrichs/Schneider* (Hrsg.), Grenzen und Grenzregionen, 33 betont, dass „die Funktion der Trennung und Abschirmung eine Eigentümlichkeit der Staatsgrenzen geblieben [sei]“. Wer, wie *Ulrich Beck* 1986 (*Risikogesellschaft*, 1) angesichts von Atom-Wolke und künstlich erzeugten Klimakatastrophen aller Art das Ende der Grenzen in einem ganz substantiellen, nämlich natürlichen Sinne konstatiert, argumentiert natürlich auf einer völlig anderen Ebene. In der realen Welt wird hiermit nur die imperative Notwendigkeit einer verstärkten und sich substantiell verdichtenderen und diversifizierenden „grenzüberschreitenden“ Kooperation belegt.

³⁷ *Verfassung und Verfassungsrecht*, in: *Staatsrechtliche Abhandlungen und andere Aufsätze*, 197. Ausdrücklich betont werden soll hier, dass mit diesem Zitat in keiner Weise einer, gerade im Lichte der jüngeren deutschen Geschichte zu Recht als verhängnisvoll empfundenen und untrennbar mit den Namen *Ratzel* und *Haushofer* verbundenen, geopolitischen Überhöhung der Bedeutung des staatlichen Territoriums und seiner räumlichen Lage das Wort geredet werden soll. Eine auch nur entfernte gedankliche Nähe zu der insbes. durch *Haushofer* für die ideologische Unterfütterung nationalsozialistischer Aggressions- und Expansionspolitik missbrauchten „Geopolitik“ (so auch unter Hinweis auf die nationalsozialistische „Lebensraum-Ideologie“ *Förster*, *Grenzen – eine geographische Zwangsvorstellung?*, in: *Lemberg* (Hrsg.), *Grenzen in Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert*, 23), wird man *Smend* im übrigen keinesfalls unterstellen können.

³⁸ *Kriele*, Einführung in die Staatslehre, 83.

Stichwortverzeichnis

- Aachen, Grenzvertrag (1816) 407, 439, 474, 480f, 490
Abtei, Land der 190ff
Alter Rhein 237
Althusius 20 Fn.48
Amrum 364
Anthropologie 12f
Apenrader Erklärung (1918) 388f
Apian, Phillip 275
Äquidistanzprinzip 422f
Arndt, Ernst Moritz 45ff, 270 Fn.5, 368, 517
Asylum Case (IGH) 242 Fn.32
Auerburger Span 173 Fn.48
Auftragsverwaltung, niederländische 410f, 414f
Augsburg, Hochstift 213ff
– Grenzverträge (16./17. Jh.) 218 Fn.265
– Konradinische Verfügungen (1263/1267) 214
– St. Mang, Kloster 214ff
Augsburg, Vertrag (1548) 399
Augsburger Reichsabschied (1555) 107 Fn.14
Auslegungsregeln 490ff
Austrägalverfahren 365 Fn.78
Aventinus 275
- Baden
– Grenzvertrag, Frankreich (1840) 557f
– Konstanzer Helveticum 131ff
– Rheingrenze 550ff
– Rheinregulierung 556 Fn.168
Baden, Frieden (1714) 279, 281
Baillages contestées 563
Bartensteiner Klausel 45 Fn.15
Bartolus de Saxoferrato 589f
Basel
– Bundesbrief (1501) 118f
– Westfälischer Frieden (1648) 121ff
Basislinien 609
Basler Frieden (1499) 116ff
Bayerischer Erbfolgekrieg 177f
Bayern
– Apian, Philipp 275
– Aventinus 275
– Bayreuth, Eingliederung 282 Fn.60
– Böhmen, Hauptgrenzvertrag (1764) 280ff
– Böhmisches Lehen 276 Fn.30
– Erbfolgekrieg 177f
– Hoheitsrechte auf österreichischem Gebiet 224 Fn.286
– Kaiserlicher Reversbrief (1506) 171ff
– Landgrafschaft im Gebirge 172f
– Landshuter Erbfolgekrieg 171ff
– Österreich, Tauschprojekte 175ff, 566
– Pfalz 566ff
– Primogeniturordnung 175
– Reichsdeputationshauptschluss 170 Fn.29
– und Russland 178f
– Salinenkonvention 224 Fn.286
– Salzburg 194ff
– Siebenjähriger Krieg 280
– Tschechische Republik, Grenze zu 275ff
Bayreuth, Markgrafschaft 274 Fn.24, 282
Fn.60
Belgien 439ff
– Entstehung 439 Fn.5
– Eupen-Malmedy 444ff
– Grenzberichtigungen, vorläufige 469f
– Grenzfestsetzungskommission 448ff
– Grenzservitude 455f
– Grenzvertrag (1929) 463f
– Grenzvertrag (1956) 471
– Londoner Verträge (1839) 439 Fn.5, 444
Fn.46
– Markfrage 459, 461ff
– Moresnet 440ff
– Neutralitätsverletzung 445, 466f
– Ritter-Gutt Abkommen (1929) 462
– Territoriale Forderungen 442ff
– Vennbahn 453ff
– Versailler Vertrag 442ff
Belgische Markfrage 459, 461ff
Beneš Dekrete 300
Berchtesgaden 204ff
– Gejaidgrenzen 208
– Interimsvertrag (1628) 207f
– österr. Ansprüche (1945) 227
– Reichshofrath, Urteil 1627 208 Fn.216, 646
– Salinenvertrag (1795) 205

- Salzbergbau 645 Fn. 14
- Seckauer Kompromiss 206 Fn. 207, 207
- Schönbrunner Frieden (1810) 204
- Schutzprivileg (1156) 204
- Berliner Erklärung (1945) 95, 99
- Berthold II von Zähringen 110f
- Bismarck, Otto von 362, 377 Fn. 118, 517
Fn. 19, 623f
- Blackstone, Commentaries 642, 648
- Blieskastler Vertrag (1781) 573ff
- Bluntschli, Johann 262, 510
- Bodensee 233ff
 - Bregenzer Bucht 243
 - Damian'scher Vertrag (1786) 235 Fn. 5
 - Dominium Publicum 250 Fn. 69
 - Dominium Supremum 256ff
 - Ersitzung 238
 - Fischereiübereinkommen (1893) 246
Fn. 55
 - Wohnheitsrecht 247f, 254ff, 260ff
 - Gubernial-Hauptgutachten (1713) 257
Fn. 98
 - Haldentheorie 241ff
 - Hohe Gerichtsbarkeit 251
 - Hoher See 240ff
 - Kleiner See (Lindau) 237ff, 248 Fn. 59
 - Kondominium 240, 252f
 - Konstanzer Trichter 235f
 - Meerestheorie 239 Fn. 21
 - Obersee 239ff
 - Rassel'scher Vertrag (1685) 235 Fn. 5
 - Realteilung 240, 250ff
 - Rechtsgeschichte 250ff
 - Schifffahrts- und Hafenordnung (1867) 255
Fn. 90
 - Schwäbischer Kreis 256f
 - Sperrlinien 259 Fn. 106
 - Staatsfreies Gebiet 266ff
 - Überlinger See 237f
 - Untersee 162, 234
- Bodin, Jean 4, 20 Fn. 48, 21, 25, 26
 - Rezeption in Deutschland 216 Fn. 258
- Böhmen, Hauptgrenzvertrag mit Bayern
(1764) 280ff
- Böhmen und Mähren (s. Tschechoslowakei)
90f
- Böhmerwaldgrenzkarte (1514) 275ff
- Böhmische Länder 269
- Bonn-Kopenhagener-Erklärungen (1955)
397f
- Bordesholmer Vergleich (1522) 350 Fn. 14
- Borkum 417 Fn. 92, 428
- Brandenburg, Bistum 311 Fn. 12
- Braunauer Au 182f
- Bregenzer
 - Bucht 239 Fn. 20, 243
 - Fischereiübereinkommen (1893) 246
Fn. 55
 - Breisach 530
 - Breisgau 542 Fn. 109
 - Briand-Kellogg Pakt (1928) 468 Fn. 156
 - Britische MR-VO Nr. 184 411
 - Bundesexekution (Holstein) 360f
 - Bundeskrieg (gegen Dänemark) 356f
 - Burgundischer Kreis 400 Fn. 7
 - Burgundischer Vertrag (1548) 399, 401 Fn. 9
 - Burschen- und Turnerschaftsbewegung 44
 - Büdingen 140, 151ff
 - Im Thurn Affäre (1693) 154ff
 - Rheinhardtswald 147 Fn. 189, 158
 - Scharrenwiesen 158ff
 - Vertragswerk (1964) 157
 - Bynkerhoek 584, 594f, 598f
- Cadogan Brief 323
- Caesar, Julius 22f, 525
- Campoformio, Frieden (1797) 126
- Cassinisches Dreiecksnetz 550
- Cham-Further Senke 277, 280
- Chamizal-Schiedsspruch (1911) 432 Fn. 172
- Chicago Convention (1944) 635 Fn. 82
- Christianisierung 311
- Churchill, Winston 317 Fn. 39, 319
- Clausen-Linie 388ff
- Cohen-Protokoll 325
- Commission Internationale de Surveillance
du Plébiscite Slesvig (CIS) 391
- Common Heritage of Mankind 581, 639
Fn. 97
- Communauté particulière de voisinage 662
- Costa/ENEL (EuGH) 6 Fn. 23
- Courtrai, Grenzprotokoll franz.-niederl.
(1820) 478 Fn. 25
- Cujus est solum Maxime 481, 619ff, 627
- Curzon Linie 315 Fn. 27, 316 Fn. 34, 327
Fn. 83
- Dachstaatstheorie (BVerfG) 101f, 343 Fn. 151
- Dalbergisches Fürstentum 170 Fn. 29
- Damian'scher Vertrag (1786) 235 Fn. 5
- Dänemark 347ff
 - Bordesholmer Vergleich (1522) 350 Fn. 14
 - Bundeskrieg 356, 360f
 - Danewerk 351 Fn. 16
 - Eider 350ff
 - Eiderdänische Bewegung 359, 370f
 - Garantieakten (18. Jh.) 355
 - Kieler Frieden (1814) 369
 - Lex Regia (1665) 355 Fn. 31
 - Londoner Protokoll (1852) 357ff

- Märzpatent (1863) 360
- Nordseeergrenze 347 Fn.2, 392 Fn.179
- Oktoberadresse (1918) 383f
- Ostseeergrenze 392 Fn.179
- Ripener Privileg (1460) 352
- Thronfolgefrage 355ff, 360
- Verwaltungsreform (1854) 359
- Wiener Frieden (1864) 363f
- Danewerk 351 Fn.16
- Danewerkbewegung 389 Fn.167
- Danske lov („dänisches Recht“) 350 Fn.14
- Danton, Georges Jacques 45 Fn.19, 550
Fn.147
- Danzig 77ff, 92f, 316 Fn.31
- Dawes Plan 462 Fn.117
- DDR
 - Festlandsockelabkommen/Polen (1968) 334
 - Fischereizonen 335f, 338
 - Görlitzer Vertrag 332, 339ff, 644 Fn.11
 - Küstenmeer 608f
 - Lagebezugssystem 334 Fn.107
 - Seeabgrenzungslinien, Abkommen 1989 337f
 - Wiedervereinigung 36f
- De facto Regime 3 Fn.7
- De Gaulle, Charles 320 Fn.52, 576 Fn.264
- Dekapolis 531, 536 Fn.92, 539f
- Deutsch-französischer Krieg (1871) 622ff
- Deutscher Ausschuss, Schleswig 387 Fn.159
- Deutscher Bund 43, 56
 - Austrägalverfahren 365 Fn.78
 - Bundesexekution (Holstein) 360f
- Deutscher Verein, Schleswig 387 Fn.158
- Deutschland
 - Berliner Erklärung (1945) 95, 99
 - Bodensee 241
 - Frankreich, Krieg 1870/71 622ff
 - Friedensvertragsvorbehalt 100f
 - Grenzberichtigungen 1949 101, 408ff
 - Grenzverträge, Veröffentlichung 656ff
 - Grundlagenvertragsurteil (BVerfG) 96
Fn.8, 101f, 343 Fn.151
 - Kolonien (s. Schutzgebiete)
 - Kontinuitätsthese 96f
 - Küstenmeer 429ff, 603ff
 - Luftraum 614ff, 635
 - und das Meer 603ff
 - Oder-Neiße Linie, Anerkennung 339ff
 - Ostsiedlung 312
 - Potsdamer Abkommen (1945) 99ff
 - Rechtslage nach 1945 95ff
 - und das Sudetenland 300ff
 - Wiedervereinigung 36f
 - Zukunftsfonds 270 Fn.6
- Zwei-Plus-Vier-Vertrag (1990) 37, 304,
309, 343ff
- Deutschland und Österreich
 - „Anschluss“ 87f, 89f, 226 Fn.292
 - Grenzkommision 229ff
 - Grenzurkundenwerk 228ff
 - Großdeutsch/Kleindeutsch 49, 53
 - „Österreichklausel“ (Weimarer
Verfassung) 74
 - Opferthese 226f
- Digesten 585ff, 620
- Dollart, s. Ems-Dollart Frage
- Dollart Hafen Projekt 419
- Donaukommission (StIGH) 255
- Dörflingen 122 Fn.75
- Drei-Meilen Zone 596ff
- Dürrnberg 224 Fn.286, 645f
- Eglisau 119 Fn.62
- Eiderdänische Bewegung 359, 370f, 373
- Eiderergrenze 350ff
- Eidgenossenschaft, s. Schweiz
- Einigungsvertrag (1990) 36
- Einseitige Rechtsakte 303 Fn.153
- Elbherzogtümer, s. Schleswig(-Holstein)
- Elida-Fall (1915) 607 Fn.122
- Elsass 516, 523f
 - Bannbesitz, deutscher 558f
 - Dekapolis 531, 536 Fn.92, 539f
 - Habsburg 531
 - Immediatstände 531f, 535f, 539f, 544
Fn.123
 - Landgrafschaft 533
 - Nordergrenze 560ff
 - Oberelsass (Sundgau) 531
 - Straßburg 537, 544
 - Unter-/Oberelsass 523
 - Westfälischer Frieden (1648) 528ff
- Elsass-Lothringen 52f, 66ff, 519ff
 - Friedensverhandlungen 1814/1815 514f
 - Reichsland 516f
 - Retrozession 76f, 512ff
- Elsenborn, Militärlager 454 Fn.82
- Emmerich, Grenzprotokoll (1818) 407, 478
Fn.25
- Ems-Dollart Frage 417ff
 - Äquidistanzprinzip 422f
 - Emskommission 435
 - Ersitzung 426, 432
 - Hubertgat 428f
 - Kooperationsabkommen (1984) 419
 - Meppen, Vertrag (1824) 427
 - Rechtspositionen 421ff
 - Staatensukzession 423f
 - Vertragsregime 417 Fn.97, 435

- Westerems 428f
- Ems-Dollart-Vertrag (1960) 417ff, 433ff
- Emsmündung 416ff
- Hydrologische Verhältnisse 416f, 422
- Rechtsnatur 435
- Umfang 426ff
- Entschädigungsplan, franz./russ. (1802) 186
- Erdinneres 642ff
- Bergbau, grenzüberschreitend 644ff
- Geologische Fakten 650f
- Erharting, Grenzvertrag (1275) 198 Fn.170
- Ersitzung 426, 432
- Eupen-Malmedy 79, 92f, 444ff, 459ff
- Annexion (1940) 466ff
- Garantieerklärung (1937) 465
- Plebiszit 447
- Rückgabeverhandlungen 459ff
- EUROCONROL 617 Fn.12
- European Terrestrial Reference System (ETRS) 334 Fn.107
- Ewige Richtung (1474) 114ff

- Failed States 3 Fn.7
- Fasaneninsel 476 Fn.15
- Fauchille, Paul 624ff
- Fessenheim 547 Fn.133
- Festlandsockel 334, 431f
- Figuier, Golf von 476 Fn.15
- Fisheries Case (IGH) 254 Fn.86, 611
- Flensburg 392
- Flensburger Förde 392 Fn.179
- Föhr 364
- Fonseca, Golf von 476 Fn.15
- Fraischbezirk 283 Fn.66
- Francis Drake 593 Fn.53
- Franconia-Fall (1876) 606
- Frankfurt/Oder 331
- Frankfurter Territorialrezess (1819) 566
- Frankfurter Verhandlungen (1682) 541f
- Frankreich 512ff
 - „Baillages contestées“ 563
 - Elsass-Lothringen 52f, 66ff, 76f
 - Grenzvertrag (1925) 478f, 560, 576
 - Grenzverträge (19. Jh.) 513 Fn.7
 - und Habsburg 524
 - Kaisertum 46 Fn.23
 - Kurpfalz, Vertrag (1766) 564
 - Mundatwald 577ff
 - „Natürliche“ Grenzen 45f, 525f, 550f
 - Pariser Frieden (1814/15) 514
 - Reunionspolitik 522f, 529, 535, 537f, 569
 - Rheingrenze 45f, 517f
 - Straßburg 537, 544f
 - Unteilbarkeit 34 Fn.22
 - Vauban, Sébastien 523
- Vichy-Regierung 518 Fn.25
- Freising, s. Werdenfels
- Fricktal 109 Fn.19, 125ff
- Friedrich II von Staufen 110f
- Friendly Relations Declaration (1970) 655 Fn.8
- Füssener Land, s. St. Mang

- Galiani, Ferdinando 599 Fn.88
- Gasteiner Konvention (1865) 364
- Gatter- und Westerholz (Schaffhausen) 141ff
- Gebietstheorien 9 Fn.32, 643
- Gelderland 402 Fn.16
- Generalstaaten, s. Niederlande
- Geopolitik 10 Fn.37
- Gewohnheitsrecht
 - und „Acquiescence“ 247f
 - Bodensee 242, 247f, 254ff, 260ff
 - partikuläres 254
 - aus Verträgen 261f
 - Zeitelement 254f
- Glatzer Neiße 319, 321
- Gleichheit der Staaten 30f, 655 Fn.8
- Globalisierung 4f
- Glossatoren (und Post-G.) 585ff, 620
- Goethe, Johann Wolfgang 41, 212 Fn.237, 622 Fn.35
- Goldener Steig 277 Fn.34
- Görlitz 331
- Görlitzer Vertrag (1950) 332, 339ff, 644 Fn.11
- Görres, Joseph 42 Fn.5, 46f
- Greifswalder Oie 335 Fn.111, 337
- Grenzbrücken 483, 501, 512 Fn.3, 559 Fn.181
- Grenze
 - Etymologie 17 Fn.32
 - (Geistes-)geschichte 12ff
 - Linearität 17ff
 - „natürliche“ 28f
 - „Verdichtung“ 17ff, 21ff
- Grenzkommision, Deutschland/Belgien 448ff
 - Rechtsnatur 448ff
 - Zusammensetzung 450f
 - Mandat 451ff
- Grenzmark/-zonen 21ff, 284 Fn.69, 311
- Grenzseen 260f
- Grenzurkundenwerk und Vertragsauslegung 492f
- Grimm, Jacob 62f, 368 Fn.90
- Großdeutsches Reich 89ff
- Großraumordnung 83f, 93f
- Grotius, Hugo 424 Fn.135, 584, 592f, 595, 619, 643 Fn.7, 653, 664

- Grundbuch, dt.-lux. Kondominium 505ff
 Grundgesetz
 – Rechtsfortgeltung 39f
 – und Staatsgebiet 36ff
 Grundlagenvertragsurteil (BVerfG) 96 Fn. 8, 101f, 343 Fn.151
 Habsburg
 – Böhmisches Länder 269
 – Dominium supremum (Bodensee) 256ff
 – Elsass, Rechtsstellung 531
 – und Frankreich 524ff
 – Pragmatische Sanktion 521 Fn.33
 – und Vorderösterreich 113, 114ff, 125ff
 Haldentheorie (Bodensee) 241ff
 Hallein, Saline 645 Fn.14
 Hannover, Königreich 404
 Hanse 605 Fn.111
 Hegau 119, 139ff
 Hegel, Friedrich 4 Fn.10, 42 Fn.5, 95
 Heiliges Römisches Reich 42f, 55f, 95, 106ff
 – Burgundischer Kreis 400 Fn.7
 – Kreisorganisation 107f
 – Lothringen 519f, 569f
 – und die Niederlande 399ff
 – Oberrheinischer Kreis 520 Fn.30
 – Reichsreform (Wormser Reichstag 1495) 116
 – Reichswasserstraßen 424
 – Wehrverfassung 107 Fn.14
 Heinrich der Löwe 168 Fn.21
 Heinrich Jasomirgott 167
 Helgoland 65f, 369 Fn.92, 610
 Heller, Hermann 2
 Herder, Johann Gottlieb 50
 Historische Rechtsschule 369
 Hobbes, Thomas 5
 Hohensaaten-Friedrichsthaler Wasserstraße 331
 Hohes Venn 452 Fn.69, 454
 – Naturpark 473 Fn.189
 Holländischer Krieg 539
 Holstenrecht 350 Fn.14
 Hondsdruug 403
 Horaz 587
 Hubertgat 428f
 Hultschiner Ländchen 76 Fn.96, 271 Fn.12, 289 Fn.90
 Humboldt, Wilhelm von 43 Fn.11, 45
 Hussitenkriege 276
 Hydrodynamischer Stauspiegel 487f
 Ickstatt, Johann Adam von 279 Fn.44, 281f
 Indus Waters Treaty (1960) 263
 Informationsfreiheit 631 Fn.71
 Inngrenze 181ff
 Innviertel 180, 183ff
 Institut de Droit International 626
 Institutioneller Flächenstaat 15, 19ff, 25f
 Interimsvertrag (1628) 207f
 Internationale Bank für Zahlungsausgleich 463
 Jefferson 598
 Jellinek, Georg 2, 26
 Jules Verne 649 Fn.28
 Jungholz 218 Fn.264
 Jyske lov („jütisches Recht“) 350 Fn.14
 Kadet-Rinne 336 Fn.117, 609
 Kaiserreich (1871)
 – und Bundesstaaten 57ff
 – Elsass-Lothringen (Reichsland) 66ff
 – Küstenmeer 606f
 – Posen 64f
 – Schleswig 64f
 – Staatsgebiet 59
 – Staatsverständnis 59ff
 Kanonenschussweite 594ff
 – und Drei-Meilen Zone 597f
 Kant, Immanuel 12 Fn.3, 13 Fn.5
 Kármán Linie 637 Fn.93
 Karwendel 211ff
 Kaspisches Meer 261
 Kehl 545
 Kelsen, Hans 7, Fn.27, 8, 649f, 655
 Kempten 16
 Kernlandschaften 25f
 Kieler Frieden (1814) 369
 Kirchengutssäkularisation 186 Fn.110
 Kitzbühel 172f
 Kleiner See (Lindau) 237ff, 248 Fn.59
 Klettgau 139ff
 Kleve, Grenzvertrag (1816) 407, 474, 490
 Kompetenztheorie 9 Fn.32
 Kondominium
 – Bodensee 241, 252ff
 – Luxemburg, Grenzflüsse 476ff
 – Moresnet 441f
 – Völkerrechtspraxis 476 Fn.15, 477
 Königsau 349, 367
 Königsfeld-Rothenfels, Grafschaft 187, 219ff
 Konstanz (Stadt und Hochstift) 109f, 131ff, 135ff, 161f
 Konstanzer Helveticum 131ff
 Konstanzer Trichter 235f, 237
 Kotezbue, August von 47 Fn.26
 Kurpfalz 564
 Küstenmeer 583ff
 – Basislinien 429

- Breite 591ff
- Dänemark/laterale Abgrenzung 347 Fn.2, 392 Fn.179
- Deutschland 600, 603ff
- Drei-Meilen Zone 596ff
- Kanonenschussweite 594ff
- Kennige 594 Fn.58
- Prisengerichte 606f
- Niederlande/laterale Abgrenzung 429ff
- Polen/laterale Abgrenzung 333ff
- Proklamation (1994) 429, 583
- Res communis omnium 585
- Rittgrenze 594 Fn.58
- Römisches Rechtsdenken 584ff
- Sichtweite 594 Fn.58, 598
- Skandinavien 600 Fn.95
- Staatenpraxis 601ff
- als Staatsgebiet 584ff
- und Waffentechnik 601
- Zwölf-Meilen Zone 608
- Kyburger Herrschaft 111, 114 Fn.39

- Laiblach 221, 237
- Landau 524f, 561ff
- Landgrafschaft Elsass 533
- Landsassen 216 Fn.256
- Landshuter Erbfolgekrieg 171ff, 276 Fn.31
- Lauenburg 63 Fn.38
- Lausitz (Ober- und Nieder-), Nebenrezeß 1635 285f
- Lausitzer Neiße 319
- Lauter 525, 560ff
- Le Schambourg 570 Fn.231
- Lebensraumideologie 83, 93f
- Legal Status of Eastern Greenland (StIGH) 303 Fn.153
- Lehensrecht 520 Fn.29
- Leutarationskonvention (1784) 181ff
- Lex Rhodia de Jacta 588f
- Lex Regia (1655) 355 Fn.31
- Leyen, Grafschaft 570 Fn.231, 573ff
- Liechtenstein 62 Fn.37
- Limburg 51 Fn.51 u.53
- Lindau 187, 219ff
 - Äußere Gerichte 220
 - Innere Gerichte 221
 - Kleiner See 237f
- Linz, Vertrag (1534) 175 Fn.53
- Lister Tief 347 Fn.2
- Locarno-Pakt (1925) 458
- Lofer und Saalfelden (Ämter) 203
- London
 - Konferenz (1864) 363 Fn.66, 376
 - Protokoll (1852) 357ff
 - Londoner Protokoll (1949) 101 Fn.33, 410f, 469f
 - Londoner Vertrag (1867) 62
 - Londoner Verträge (1839) 439 Fn.5, 444 Fn.46
 - Lothringen 515f, 519ff, 568ff
 - Löwlerkrieg 276 Fn.31
 - Lucian von Samosata 634 Fn.81
 - Ludewig, Johann Peter 44 Fn.13, 47 Fn.31
 - Ludwig (der Deutsche) 16
 - Ludwig XIV 539ff, 571
 - Luftfahrtkonvention, Paris (1919) 614f, 629
 - Luftfreiheitstheorie 624ff, 631
 - Luftraum 614ff
 - Chicago Convention (1944) 635 Fn.82
 - Cujus solum Maxime 619ff, 627
 - Erster Weltkrieg 628f
 - Grenze zum Weltraum 633ff
 - ICAO 635
 - Kármán Linie 637 Fn.93
 - Luftfreiheit contra Lufthoheit 618ff
 - Open Skies Agreement 617 Fn.12
 - Ozonschicht 639
 - Pickering v. Rudd (1815) 620f
 - Res communes omnium 625, 631f
 - Single Sky Projekt (EU) 632 Fn.73
 - Souveränität 614f
 - Versailles, Vertrag (1919) 615 Fn.4
 - Zonentheorie 639f
 - Luftverkehrsgesetz 638
 - Luhmann, Niklas 12 Fn.1
 - Lunéville, Frieden (1801) 45 Fn.19, 123 Fn.78, 128, 186 Fn.108, 195, 553f, 570f
 - Luxemburg 62, 474ff
 - Grenzberichtigungen, vorläufige 475f
 - Grenzbrücken 483
 - Grenzvertrag (1984) 484
 - Kammerwald 475 Fn.9
 - Kondominium 476ff
 - Mosel-Saur-Our, Flusssystem 476ff
 - Oberbillig/Wasserbillig 474f, 486, 489ff
 - Roth 475
 - Luxemburg, Kondominium 476ff
 - Aachen, Vertrag (1816) 480, 490
 - Anwendbares Recht 494ff
 - Fischereiregime 502ff
 - Flussverlagerungen 506
 - Grenzgewässer, Unterhalt 500ff
 - Grenzvertrag (1984) 484, 489f
 - Katastermäßige Erfassung 505ff
 - Kleve, Vertrag (1816) 490
 - Inseln 484f
 - Mühlenkonzessionen 500
 - Preußisches OVG (1932) 496f
 - Räumlicher Umfang 479ff

- Stauseen 487f
- Steuerrecht 501
- Wiener Kongressakte 479
- „Zonentheorie“ 482

- Maas 406
- Maastricht-Entscheidung (BVerfG) 6 Fn.21
- Machiavelli, Nicolò 4
- Machtergreifung (nationalsozialistische) 81
- Mare Nostrum 586
- Märzpatent, Dänemark (1863) 360
- Märzrevolution (1848) 49
- Mediatisierung 186f, 550
- Meerestheorie (Bodensee) 239 Fn.21
- Memelgebiet 77ff, 91f
- Meppen, Vertrag (1824) 404, 407, 419, 427
- Mersen, Vertrag (870) 523
- Metternich 185
- Milzener Land 311
- Mindelheim, Herrschaft 179
- Minquiers and Ecrehos (IGH) 432 Fn.172
- Mittelalter, Staatsverständnis 15f
- Mittellinienprinzip (Grenzseen) 260f
- Mittelschleswigscher Ausschuss 392 Fn.177
- Mondee, Vogtei und Kloster 173
- Monschau 451ff
- Montfort, Grafen 221ff
- Montgelas 170 Fn.29, 185, 196, 198f
- Montgolfieren 621f
- Moresnet 440ff, 467f
 - Neutral-M. 79, 93, 440f, 495
 - Preußisch-M. 79, 93, 446
- Mosel, Wasserstraße 485, 488f
 - Wasserbillig/Oberbillig, Grenze 489ff
- Moser, Johann Jacob 258, 402, 425
- Moskau, Außenministerkonferenz (1943) 311 Fn.15, 314
- Moskauer Konferenz (1943) 98
- Mothern und Münchhausen 559 Fn.182
- Mühlenkonzessionen 500
- Mühlhausen, Reichsstadt 527 Fn.54
- Münchener Abkommen (1938) 90, 295ff
 - internationaler Ausschuss 296f
 - Rechtswirkungen 298ff
- Münchener Vertrag (1816) 183, 200ff, 566 Fn.212
- Mundatwald 577ff
- Musil, Robert 12 Fn.1

- Napoleon 46
- Nationalbewegung (deutsche) 43ff
- Nationalsozialistische Territorialpolitik 81ff
 - Böhmen und Mähren (Protektorat) 90f, 293
 - „Großdeutsches Reich“ 89ff
- Großraumordnung 83f, 93f
- Lebensraumideologie 83ff, 93f
- „Mein Kampf“ (Hitler) 82ff
- Parteiprogramm (NSDAP) 85
- Reichsgau Burgund 518 Fn.25
- Sportpalastrede (Hitler) 90, 466
- Sudetenland 291ff
 - Völkisches Rechtsdenken 85ff, 93f
- Nationalstaatsgedanke 353f, 368ff
- Nationalversammlung, s. Paulskirche
- Natürliche Grenzen 28f, 45f, 525f, 550f
- Naval Regulations, Italien (1866) 599 Fn.89
- Neiße Grenze 318ff
- Nesselwang, Herrschaft 214 Fn.247
- Neuburg, Grafschaft 182 Fn.85
- Niebuhr, Barthold Georg 372
- Niederlande 399ff
 - Aachen, Grenzvertrag (1816) 407
 - Auftragsverwaltung, niederländische 410f, 414f
 - Augsburg, Vertrag (1548) 399, 401 Fn.9
 - Ausgleichsverhandlungen 412ff
 - Bergbau, grenzüberschreitend 644ff
 - Emmerich, Grenzprotokoll (1818) 407
 - Emsmündung, Rechtsauffassung 421f
 - Festlandsockel 419f, 429ff
 - Gelderland 402 Fn.16
 - Grenzberichtigungen, vorläufige 408ff
 - Grenzurkundenwerk 415f
 - Grenzvertrag (1960) 412ff
 - Grenzverträge (19. Jh.) 408 Fn.51
 - Kleve, Grenzvertrag (1816) 407
 - Meppen, Vertrag (1824) 404, 419, 427
 - Selfkantfrage 407 Fn.42
 - Spanien, Friedensvertrag (1648) 399ff, 425f
 - Traktatländereien 413 Fn.75
 - Utrechter Unionsvertrag (1579) 399 Fn.3
- Nimwegen, Frieden (1679) 539ff
- Noblat'sche Grenzfestsetzung 549f
- Nord-Ostsee Kanal 351 Fn.15
- Nordschleswig, Souveränitätsübergang 392ff
- Nordschleswigscher Wählerverband 387
- Nordsee
 - Dänemark, Grenze mit 347 Fn.2, 392 Fn.179, 397
 - Helgoland 609
 - Küstenmeergrenze 608ff
 - Niederlande, Grenze mit 416ff
 - Proklamation (1994) 420, 608ff
 - Tiefwasserreederei 609f
- Nordwaldschenkung (1010) 190 Fn.127
- North Sea Continental Shelf Case (IGH) 265 Fn.132, 334 Fn.110, 420, 605 Fn.113
- Nuclear Tests Cases (IGH) 303 Fn.153
- Nürnberg, Vertrag (1542) 520

- Ober- und Niedersteinbach 568
 Oberlausitz 285 Fn.74
 Oberschlesien, Plebiszit (1921) 78
 Obhutserklärung (1950) 300
 Objekttheorie 9 Fn.32
 Oderbucht 333ff
 Oder-Neisse Grenze 99ff
 Oder-Neiße Linie 310 Fn.7, 313f, 318ff
 – Demarkation 326ff
 Oktoberadresse (1918) 383f
 Open Skies Agreement 617 Fn.12
 Oppeln 315 Fn.27, 319
 Orleans'scher Erbfolgekrieg 543f
 Ortelius, Abraham 275 Fn.25
 Österreich 165
 – Babenberger Herzogtum 167f
 – und Bayern 166f, 175ff
 – Haldentheorie (Bodensee) 241ff
 – Privilegium Minus 167
 – Sachsen, Grenzvertrag (1848) 288f
 Ostfriesland 403, 423f, 425
 Ostpreußen 78, 316 Fn.31
 Ostsee
 – Kadet-Rinne 336 Fn.117, 609
 – Küstenmeergrenze 609ff
 – Lübecker Bucht 336 Fn.117
 – Seegrenzen 333ff, 392 Fn.179
 Ostsiedlung 312
 Our 486f, 502 Fn.135
 Ovid 13f
 Ozonschicht 639
- Palmas Case, Island of (Schiedsspruch 1928)
 424 Fn.134, 426, 432 Fn.172, 648ff
 Paris, Belagerung (1870/71) 622ff
 Pariser Frieden (1814/1815) 45, 514, 554f,
 565f, 571ff
 Pariser Luftfahrtkonvention (1919) 614f, 629
 Passau, Hochstift 190ff, 282 Fn.60
 Patrimonialstaatliche Auffassung 9 Fn.32,
 643 Fn.8
 Paulskirche (Nationalversammlung) 49ff
 – kleindeutsch-/großdeutsch 53
 – Limburg 51
 – Posen 51
 – Schleswig-Holstein 51f, 356, 368 Fn.90,
 371 Fn.96
 – Triest und Südtirol 51
 Pearl Zwischenfall 600 Fn.94
 Personenverbandsstaaten 15
 Piastenmonarchie 311f
 Pickering v. Rudd (1815) 620f
 Pienzenau, Hans von 173 Fn.42
 Plappertkrieg (1458–1460) 118
 Plebiszite, Schleswig (1920) 349f, 385ff
- Plöckenstein 282 Fn.58, 285
 Polen 309ff
 – Festlandssockel 334
 – Kriegsziele, territoriale 313f
 – Lubliner Komitee 316 Fn.34, 318 Fn.44
 – Markengrenze 311
 – Oder-Neiße Linie 310 Fn.7, 313ff
 – Piastenmonarchie 311f
 – Pommerellen 312
 – Teilungen 312
 – Westgrenze, Abkommen mit der UdSSR
 327ff
 – Zwei-plus-Vier-Vertrag (1990) 309f
 Polizeiverordnungen, Paris (1784/1819) 621
 Pommerellen 312
 Porta Claudia 212 Fn.237
 Posen 51, 64f, 78f
 Potsdamer Konferenz/Abkommen (1945)
 99ff, 315ff
 Präambel (Grundgesetz) 36ff
 Prager Frieden (1866) 52 Fn.54, 64, 364f,
 377ff
 Pragmatische Sanktion 521 Fn.33
 Preßburg, Frieden (1805) 187f, 194, 219
 Preußen
 – und Helgoland 369 Fn.92
 – und Ostfriesland 403
 – Polenpolitik 313 Fn.23
 – Polnische Teilungen 312
 – Rheinland 404, 514
 – und Schleswig 349, 364f, 379
 – Staatsräson 348f
 Prisengerichte 606f
 Privilegium Minus 167f
 Publikationspflicht, Grenzverträge 656ff
 Pufendorf, Samuel 42, 57 Fn.14, 102, 618f
 Pütter, Johann 22 Fn.61, 56 Fn.7, 57 Fn.13,
 622 Fn.34
- Queich 525, 560ff
- Raerer Bogen 453f
 Rannariedl-Falkenstein, Herrschaft 191
 Ranshofener Gesetze 167 Fn.17
 Rassler'scher Vertrag (1685) 235 Fn.5
 Rastadt, Vertrag (1714) 175 Fn.51, 545, 561
 Fn.190
 Rastatter Kongress (1797–1799) 128f, 552f
 Raumtheorie 9 Fn.32
 Realteilung
 – Bodensee 240, 250ff
 – Grenzseen 263ff
 Rechtsstaatsprinzip 657f
 Regensburger Stillstand (1684) 542f
 Reiather Jurisdiktionskauf (1723) 155f

- Reichenhall, Landgericht 203f
 Reichsdeputationshauptschluss 42f, 123,
 133ff, 141, 170 Fn.29, 186f, 209, 553 Fn.158
 Reichsexekutionsordnung 107 Fn.14
 Reichshofrath
 – Berchtesgaden c. Salzburg 208, 646
 – St. Mang 216 Fn.255
 Reichskreise 107f
 Reichsland Elsass-Lothringen, s. Elsass-Loth-
 ringen
 Reichsunmittelbarkeit und Reichsstandschaft
 105 Fn.7
 Reichswasserstraßen 424
 Reiteralpe 205 Fn.202
 Res communis omnium 584f, 625, 631f
 – und Res publicae 585 Fn. Fn.10
 Reunionskammern 522 Fn.37, 537 Fn.95
 Rhein, Hydrologie und Geotektonik 548
 Rheinbund 43 Fn.7
 Rheingrenze 45f, 112, 517f, 525, 528f, 546ff
 – Bann- und Eigentumsgrenzen 531f, 554ff
 – Grenzbrücken 559 Fn.181
 – Inseln 555, 557
 – und kommunale Körperschaften 558f
 – Noblat'sche Grenzfestsetzung 549f
 – Thalweg 553f
 Rheinhardtswald 147 Fn.189, 158
 Rheinideologie-/patriotismus 45ff, 517f
 Rheinregulierung 556ff
 Rheinschifffahrt, Zentralkommission 553
 Fn.158
 Rhinau 559f
 Ried, Vertrag (1813) 165 Fn.7, 188 Fn.118,
 197, 199, 222
 Riedenburger Herrschaft 190 Fn.126
 Rijswijk, Frieden (1697) 536, 543ff, 562, 569
 Ripener Privileg (1460) 352, 367
 Ritter-Gutt Abkommen (1929) 462
 Ritterschaft, schleswig-holsteinische 367
 Rittersche Konvention 176 Fn.61, 179
 Rittgrenze 594 Fn.58
 Romanus Pontifex, Bulle (1455) 592 Fn.51
 Römisches Rechtsdenken 584ff
 Rottumeroog 428
 Rousseau, Jean Jacques 13, 45 Fn.19
 Rupertiwinkel 227
- Saarbrücken 570f
 Saarkantone 571
 Saarland 571ff
 – Besatzung, franz. 576
 – Plebiszit (1935) 88f
 – Versailler Friedensvertrag 80, 512 Fn.3,
 576ff
 – Völkerbund 576 Fn.263
- Saarwerden, Grafschaft 527 Fn.54
 Sachsen
 – Lausitz, Nebenrezess 1635 285f
 – Österreich, Grenzvertrag (1848) 288f
 – Schirgiswalde 287
 – Tschechische Republik, Grenze zu 285ff
 Sachsenspiegel 103, 424 Fn.132
 Salinenkonvention (1829) 203
 Salinenvertrag (1795) 205
 Salm, Fürstentum 527 Fn.54
 Salzbergbau 645 Fn.14
 Salzburg 194ff
 Salzhandel 180 Fn.80
 Sarrelouis 568f, 571
 Satellitenfernerkundung 630
 Savigny, Friedrich Karl von 369 Fn.91, 491
 Fn.79
 Schacht, Hjalmar 459ff
 Schaffhausen 110, 118f, 122 Fn.74, 138ff,
 162f
 – Dorfvogteien 144
 – Epfenhofen 142
 – Reichsdeputationshauptschluss 141ff
 – Wester- und Gatterholz 141f
 Schärding, Frieden (1369) 169 Fn.27
 Scharnitzwald 211ff
 Scharrenwiesen 158ff
 Schiller, Friedrich 604 Fn.110
 Schirgiswalde, „Freie Republik“ 287
 Schleiied 366 Fn.84
 Schleswig 77, 348ff
 – Abstimmungsergebnisse (1920) 391
 – Apenrader Erklärung (1918) 388f
 – Bonn-Kopenhagener-Erklärungen (1955)
 397f
 – Bordscholmer Vergleich (1522) 350 Fn.14
 – Clausen-Linie 388ff
 – Commission internationale de Surveillance
 391
 – Danewerk 351 Fn.16
 – Danewerkbewegung 389 Fn.167, 392
 Fn.177
 – Deutscher Ausschuss 387 Fn.159
 – Deutscher Verein, Schleswig 387 Fn.158
 – Eiderdänische Bewegung 359, 370f, 373
 – Eidergrenze 350ff
 – „Eindeutschungsdruck“ 379 Fn.123
 – Königsau 349, 367
 – Londoner Konferenz (1864) 363 Fn.66,
 376
 – Minderheitenschutz 397f
 – Mittelschleswigscher Ausschuss 392
 Fn.177
 – Nordschleswigscher Wählerverband 387
 – Oktoberadresse (1918) 383f

- Plebiszite (1920) 349f, 385ff
- Rechtsordnungen 350 Fn.14
- Selbstbestimmungsrecht 348, 371ff
- Sprachenfrage 374
- Teilung 362, 372ff
- Tiedje-Linie 392
- Versailler Vertrag 380ff
- Volkstumsgrenze 371ff
- Schleswig-Holstein 61, 64f, 77ff, 347ff
 - Bundeskrieg 356, 360f
 - Erhebung (1848–1851) 356
 - Gasteiner Konvention (1865) 364
 - Landesuniversität 352 Fn.20
 - Londoner Protokoll (1852) 357ff
 - Nationalstaatsgedanke 353ff
 - Prager Frieden (1866) 52 Fn.54, 64f, 364f, 377ff
 - in Preußen 349
 - Reichsdänische Enklaven 363f
 - Ripener Privileg (1460) 352, 367
 - Ritterschaft 367
 - Schleswig-Holstein Bewegung 372
 - „up ewig ungedeeft“ 51, 352, 366f
- Schleswigartikel (Versailler Frieden) 385ff
- Schmitt, Carl 83f, 85ff
- Schutzgebiete 69ff
 - Erwerb 69f
 - Verhältnis zum Deutschen Reich 70ff
- Schwaben 213, 219ff
- Schwaben-/Schweizerkrieg 106 Fn.9, 116, 118
- Schwäbischer Reichskreis 105 Fn.7, 107 Fn.14, 256f
- Schweiz 104ff
 - Basler Frieden (1499) 116ff
 - Erneuerte Erbvereinigung (1511) 116 Fn.46
 - Ewige Richtung (1474) 114ff
 - Expansionspolitik (14./15. Jh.) 112f
 - Hoch- und Niedergerichtsbarkeit 109f, 141ff
 - Konstanzer Helveticum 131ff
 - Mediationsakte (1803) 125, 129
 - Plappertkrieg (1458–1460) 118
 - Realteilung (Bodensee) 240
 - Reichsreform (Wormser Reichstag 1495) 116f
 - Rheingrenze 109, 112
 - Territoriale Struktur (bis 1803) 105f
 - Westfälischer Frieden (1648) 104f
 - Züricher Bundesbrief (1351) 112 Fn.34
- Sechsmächte-Kommuniqué (1949) 411, 469f, 578 Fn.269
- Seckauer Kompromiss (1449) 206 Fn.207, 207
- Seerecht
 - Grotius/Selden Kontroverse 592
 - Konferenz 1929/30 602 Fn.102
 - Lex Rhodia de Jacta 588f
 - Mare clausum versus mare liberum 592f
 - Übereinkommen 1982 (UNCLOS) 336, 420, 583, 603, 607 Fn.126
- Selbstbestimmungsrecht 271f, 348, 371ff, 380ff
- Selden, John 592
- Selfkantfrage 407 Fn.42
- Servitute 455f
- Siebenjähriger Krieg 280
- Single Sky Projekt (EU) 632 Fn.73
- Slawischer Aufstand (983) 311
- SMAD 326ff
- Smend, Rudolf 10
- Sorben 272 Fn.15
- Souveränität 2f, 6f, 25
- Sozialistischer Internationalismus 335 Fn.115
- Spanische Erbfolgekrieg 278f
- Sperrlinien (Bodensee) 259 Fn.106
- Sponheim, Grafschaft 551
- Sprachenfrage (Schleswig) 374
- Sprachnation 45ff, 50ff, 368
- St. Gallen, Kloster 220f
- St. Mang, Kloster 214ff
 - Hoch- und Niedergerichtsbarkeit 216
 - Straßvogtei 215 Fn.250
- St. Omer, Vertrag (1469) 115 Fn.41
- St. Vith 444
- Staat
 - Definition 2f
 - Grenzen 12ff
 - Mittelalter 15ff
 - Moderner Flächenstaat 19ff
 - transmoderner S. 6
 - „verfasster“ S. 29f
- Staatengemeinschaftsorgane 449
- Staatsangehörigkeit 7f
- Staatsfreie Räume 31, 266ff, 581f, 619, 634f
- Staatsgebiet (deutsches) 9ff
 - und Küstenmeer 584ff
 - normative Erfassung 28ff
 - Reichsverfassung (1871) 59ff
 - Verfassungspraxis 33ff
 - Weimarer Reichsverfassung (1919) 73ff
- Staatsgrenze 12ff
 - Definition 26
 - (Geistes-)geschichte 12ff
- Staatsvolk 7ff
- Stalin, Josef 321, 325f
- Staufisch-zähringer Ausgleich (1098) 110f
- Stein, Freiherr vom 45
 - Elsass-Lothringen 515 Fn.14

- Holstein 359 Fn.48
- Verfassungsplan 43 Fn.9, 48, 49
- Stein am Rhein 108 Fn.17, 119 Fn.62
- Stettin 317, 323ff
- Stettiner Zipfel 327
- Stimson-Doktrin 468 Fn.156
- Strabo 12 Fn.2, 14 Fn.10
- Straßburg 537, 544f
- Straßvogtei 215 Fn.250
- Sudetendeutsche
 - Bewusstsein 269f, 272f
 - „Obhutserklärung“ (1950) 300
 - Pariser Friedenskonferenz (St. Germain) 272ff
 - Partei 291ff
 - Selbstbestimmungsrecht 271f
- Sudetenland 90, 292ff
 - Bonner Friedensnote (1966) 301
 - Münchener Abkommen (1938) 295ff
 - Prager Erklärung (1950) 300
- Sundgau, s. Elsass
- Swinemünde 324ff
- Sylt 364, 388
- Systemtheorie 3 Fn.6, 12 Fn.1

- Tacitus 22f
- Tägermoos 134f
- Tauschprojekte, Bayern/Österreich 175ff, 199f, 566
- Teheraner Konferenz (1943) 315
- Telegraphenwegegesetz (1899) 621 Fn.33
- Temple of Preah Vihear (IGH) 35 Fn.24, 247 Fn.57
- Terschelling 434
- Teschen, Frieden (1779) 178ff
- Thalweg 182f, 306 Fn.165
 - Emsmündung 422f
- The Schooner Exchange v. McFaddon (1812) 616 Fn.7
- Thompson Minutes 317 Fn.39, 321 Fn.54
- Thurgau, Landgericht 110, 117, 253 Fn.83
- Tiedje-Linie 392
- Tiefwasserreederei (Nordsee) 609f
- Tirol, Grafschaft 169 Fn.27, 188 Fn.119
- Traktatländereien 413 Fn.75
- Trippelallianz 126
- Truman, Harry 325f
- Tschechisches Nationalbewusstsein 269f, 289f
- Tschechoslowakei 269ff
 - Bayern, Grenze zu 275ff
 - Dismembration 305 Fn.163
 - Entstehung 269, 289ff
 - Grenzvertrag/Tschechische Republik (1994) 305ff
- Münchener Abkommen (1938) 295ff
- Nachbarschaftsvertrag (1992) 305
- Prager Vertrag (1973) 301
- Sachsen, Grenze zu 285ff
- Tyberiden 590f

- Überleitungsvertrag 411 Fn.66, 470 Fn.174
- Überlinger See 237f
- UNCLOS, s. Seerechtsübereinkommen 1982
- Unionsbürgerschaft 7f
- Untersberg 201 Fn.185
- Untersee 234
- Up ewig ungedeelt (Schleswig-Holstein) 51, 352, 366f
- Usedom 324, 333
- Utrechter Unionsvertrag (1579) 399 Fn.3

- Van Gend & Loos (EuGH) 6 Fn.23
- Vattel, Emer de 1, 31 Fn.12, 424 Fn.135, 432 Fn.172, 490 Fn.76, 506 Fn.156, 643 Fn.7
- Vauban'sches Verteidigungssystem 523, 568, 571
- Venedig 591 Fn.45
- Venlo, Vertrag (1543) 402 Fn.16
- Vennbahn 453ff
- Verdun, Vertrag (843) 16f, 520 Fn.29
- Verenahof 149
- Veröffentlichungspraxis, Grenzverträge 656ff
- Versailler Friedensvertrag (1919) 75ff
 - Danzig 77ff
 - Elsass-Lothringen 76f
 - Eupen-Malmedy 445ff
 - Frankreich 512f
 - Hultschiner Ländchen 76 Fn.96, 271 Fn.12, 289 Fn.90
 - „Korridorfrage“ 78f
 - Luftverkehr 615 Fn.4
 - Memelgebiet 77ff
 - im Nationalsozialismus 81f
 - Ostgebiete 77ff
 - Saarland 80
 - Schleswig 77, 347, 380ff
- Versteigerung, Fischereirechte 502
- Vertragsauslegung 490ff
- Vianden 474, 486
- Vichy-Regierung 518 Fn.25
- Vils, Amt 189 Fn.123
- Völkerrecht
 - Intertemporales V. 424
 - und Staatsgebiet 30ff
- Volkstums Grenze (Schleswig) 371ff
- Vorarlberg, Verfassung 243 Fn.34, 244, 247 Fn.58

- Vorderösterreich 113, 114ff, 125ff
 Vormauernsystem (Schweiz) 125 Fn. 87, 137
- Waldervertrag (1937) 579
 Waldshut, Frieden (1468) 115 Fn. 41
 Waldstädte 109 Fn. 19, 114
 Wasgau 567
 Wasserbillig/Oberbillig, Grenze 489ff
 Wasserrecht 486
 Waterloo Rede (Dahlmann) 370 Fn. 94
 Wegelin, Johann Reinhard 258
 Weiler, Landgericht 222, 228 Fn. 301
 Weimarer Republik (1919) 73ff
 – Neugliederungsmaßnahmen 73 Fn. 86
 – Versailler Friedensvertrag 75ff
 Weißenburg 566 Fn. 213, 567f, 577ff
 Weltraum
 – Freiheit 634f
 – Grenze zum Luftraum 633ff
 – Vertrag (1967) 634 Fn. 81
 Werdenfels, Grafschaft 209ff
 – Grenzvertrag 1499 211
 – Porta Claudia 212 Fn. 237
 – Scharnitzwald 211ff
 Westerems 428f
 Westfälischer Frieden (1648) 55ff, 104f, 400, 660f
 – Dekapolis 531, 536 Fn. 92, 539f
 – Elsass 528ff
 – Schweizer Frage 121
- Wiedervereinigung 36f
 Wien, Frieden (1738) 549, 568
 Wiener Vertragsrechtskonvention 492ff
 Wiener Kongressakte 48, 137, 189 Fn. 122, 405ff, 439, 510
 Wilson, Woodrow 90, 271, 380ff, 445 Fn. 32
 Wilzenkreis 329 Fn. 91
 Wirtschaftszone, Proklamation (1994) 420
 Wittelsbacher Erbfolgestreitigkeiten 168f, 171ff, 176ff
 Wollin 324
 Wormser Reichstag (1495) 116f
 Wright, Gebrüder 625 Fn. 46
 Wutach 149ff
- Young Plan 462
- Zähringer 110ff
 Zell bei Ried, Frieden (1283) 182 Fn. 85
 Zonentheorie (Luftraum) 639f
 Zukunftsfonds (deutsch/tschechischer) 270 Fn. 6
 Zürich
 – Bundesbrief (1521) 112
 – Reichsvogtei 111 Fn. 29
 Zwei-plus-Vier-Vertrag (1990) 37, 304, 309, 343ff
 Zwingli, Huldrych 112 Fn. 112
 Zwölf-Meilen Zone 608ff

Jus Publicum

Beiträge zum Öffentlichen Recht – Alphabetische Übersicht

- Axer, Peter*: Normsetzung der Exekutive in der Sozialversicherung. 2000. *Band 49*.
- Bauer, Hartmut*: Die Bundestreue. 1992. *Band 3*.
- Beaucamp, Guy*: Das Konzept der zukunftsfähigen Entwicklung im Recht. 2002. *Band 85*.
- Becker, Joachim*: Transfergerechtigkeit und Verfassung. 2001. *Band 68*.
- Blanke, Hermann-Josef*: Vertrauensschutz im deutschen und europäischen Verwaltungsrecht. 2000. *Band 57*.
- Böhm, Monika*: Der Normmensch. 1996. *Band 16*.
- Bogdandy, Armin von*: Gubernative Rechtsetzung. 2000. *Band 48*.
- Brenner, Michael*: Der Gestaltungsauftrag der Verwaltung in der Europäischen Union. 1996. *Band 14*.
- Britz, Gabriele*: Kulturelle Rechte und Verfassung. 2000. *Band 60*.
- Bröhmer, Jürgen*: Transparenz als Verfassungsprinzip. 2004. *Band 106*.
- Brüning, Christoph*: Einstweilige Verwaltungsführung. 2003. *Band 103*.
- Bürgi, Martin*: Funktionale Privatisierung und Verwaltungshilfe. 1999. *Band 37*.
- Bultmann, Peter Friedrich*: Beihilfenrecht und Vergaberecht. 2004. *Band 109*.
- Bumke, Christian*: Relative Rechtswidrigkeit. 2004. *Band 117*.
- Butzer, Hermann*: Fremdlasten in der Sozialversicherung. 2001. *Band 72*.
- Callies, Christian*: Rechtsstaat und Umweltstaat. 2001. *Band 71*.
- Classen, Claus Dieter*: Die Europäisierung der Verwaltungsgerichtsbarkeit. 1996. *Band 13*.
- Religionsfreiheit und Staatskirchenrecht in der Grundrechtsordnung. 2003. *Band 100*.
- Cremer, Wolfram*: Freiheitsgrundrechte. 2003. *Band 104*.
- Danwitz, Thomas von*: Verwaltungsrechtliches System und Europäische Integration. 1996. *Band 17*.
- Dederer, Hans-Georg*: Korporative Staatsgewalt. 2004. *Band 107*.
- Detterbeck, Steffen*: Streitgegenstand und Entscheidungswirkungen im Öffentlichen Recht. 1995. *Band 11*.
- Di Fabio, Udo*: Risikoentscheidungen im Rechtsstaat. 1994. *Band 8*.
- Dörr, Oliver*: Der europäisierte Rechtsschutzauftrag deutscher Gerichte. 2003. *Band 96*.
- Enders, Christoph*: Die Menschenwürde in der Verfassungsordnung. 1997. *Band 27*.
- Epping, Volker*: Die Außenwirtschaftsfreiheit. 1998. *Band 32*.
- Fehling, Michael*: Verwaltung zwischen Unparteilichkeit und Gestaltungsaufgabe. 2001. *Band 79*.
- Felix, Dagmar*: Einheit der Rechtsordnung. 1998. *Band 34*.
- Fisahn, Andreas*: Demokratie und Öffentlichkeitsbeteiligung. 2002. *Band 84*.

- Frenz, Walter:* Selbstverpflichtungen der Wirtschaft. 2001. *Band 75.*
- Gellermann, Martin:* Grundrechte im einfachgesetzlichen Gewande. 2000. *Band 61.*
- Grigoleit, Klaus Joachim:* Bundesverfassungsgericht und deutsche Frage. 2004. *Band 108.*
- Gröpl, Christoph:* Haushaltsrecht und Reform. 2001. *Band 67.*
- Gröschner, Rolf:* Das Überwachungsrechtsverhältnis. 1992. *Band 4.*
- Groß, Thomas:* Das Kollegialprinzip in der Verwaltungsorganisation. 1999. *Band 45.*
- Grzeszick, Bernd:* Rechte und Ansprüche. 2002. *Band 92.*
- Guckelberger, Annette:* Die Verjährung im Öffentlichen Recht. 2004. *Band 111.*
- Gurlit, Elke:* Verwaltungsvertrag und Gesetz. 2000. *Band 63.*
- Häde, Ulrich:* Finanzausgleich. 1996. *Band 19.*
- Hase, Friedhelm:* Versicherungsprinzip und sozialer Ausgleich. 2000. *Band 64.*
- Heckmann, Dirk:* Geltungskraft und Geltungsverlust von Rechtsnormen. 1997. *Band 28.*
- Heitsch, Christian:* Die Ausführung der Bundesgesetze durch die Länder. 2001. *Band 77.*
- Hellermann, Johannes:* Örtliche Daseinsvorsorge und gemeindliche Selbstverwaltung. 2000. *Band 54.*
- Hermes, Georg:* Staatliche Infrastrukturverantwortung. 1998. *Band 29.*
- Hösch, Ulrich:* Eigentum und Freiheit. 2000. *Band 56.*
- Hohmann, Harald:* Angemessene Außenhandelsfreiheit im Vergleich. 2002. *Band 89.*
- Holzsnigel, Bernd:* Rundfunkrecht in Europa. 1996. *Band 18.*
- Horn, Hans-Detlef:* Die grundrechtsunmittelbare Verwaltung. 1999. *Band 42.*
- Huber, Peter-Michael:* Konkurrenzschutz im Verwaltungsrecht. 1991. *Band 1.*
- Hufeld, Ulrich:* Die Vertretung der Behörde. 2003. *Band 102.*
- Huster, Stefan:* Die ethische Neutralität des Staates. 2002. *Band 90.*
- Ibler, Martin:* Rechtspflegender Rechtsschutz im Verwaltungsrecht. 1999. *Band 43.*
- Jestaedt, Matthias:* Grundrechtsentfaltung im Gesetz. 1999. *Band 50.*
- Jochum, Heike:* Verwaltungsverfahrenrecht und Verwaltungsprozessrecht. 2004. *Band 116.*
- Kadelbach, Stefan:* Allgemeines Verwaltungsrecht unter europäischem Einfluß. 1999. *Band 36.*
- Kämmerer, Jörn Axel:* Privatisierung. 2001. *Band 73.*
- Kahl, Wolfgang:* Die Staatsaufsicht. 2000. *Band 59.*
- Kaufmann, Marcel:* Untersuchungsgrundsatz und Verwaltungsgerichtsbarkeit. 2002. *Band 91.*
- Kersten, Jens:* Das Klonen von Menschen. 2004. *Band 115.*
- Khan, Daniel-Erasmus:* Die deutschen Staatsgrenzen. 2004. *Band 114.*
- Kingreen, Thorsten:* Das Sozialstaatsprinzip im europäischen Verfassungsbund. 2003. *Band 97.*
- Kischel, Uwe:* Die Begründung. 2002. *Band 94.*
- Koch, Thorsten:* Der Grundrechtsschutz des Drittbetroffenen. 2000. *Band 62.*
- Korioth, Stefan:* Der Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern. 1997. *Band 23.*
- Kluth, Winfried:* Funktionale Selbstverwaltung. 1997. *Band 26.*
- Kube, Hanno:* Finanzgewalt in der Kompetenzordnung. 2004. *Band 110.*
- Kugelmann, Dieter:* Die informatorische Rechtsstellung des Bürgers. 2001. *Band 65.*

- Langenfeld, Christine:* Integration und kulturelle Identität zugewanderter Minderheiten. 2001. *Band 80.*
- Lebner, Moris:* Einkommensteuerrecht und Sozialhilferecht. 1993. *Band 5.*
- Leisner, Anna:* Kontinuität als Verfassungsprinzip. 2002. *Band 83.*
- Lepsius, Oliver:* Besitz und Sachherrschaft im öffentlichen Recht. 2002. *Band 81.*
- Lorz, Ralph Alexander:* Interorganrespekt im Verfassungsrecht. 2001. *Band 70.*
- Lücke, Jörg:* Vorläufige Staatsakte. 1991. *Band 2.*
- Luthe, Ernst-Wilhelm:* Optimierende Sozialgestaltung. 2001. *Band 69.*
- Mager, Ute:* Einrichtungsgarantien. 2003. *Band 99.*
- Mann, Thomas:* Die öffentlich-rechtliche Gesellschaft. 2002. *Band 93.*
- Manssen, Gerrit:* Privatrechtsgestaltung durch Hoheitsakt. 1994. *Band 9.*
- Masing, Johannes:* Parlamentarische Untersuchungen privater Sachverhalte. 1998. *Band 30.*
- Möstl, Markus:* Die staatliche Garantie für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. 2002. *Band 87.*
- Morgenthaler, Gerd:* Freiheit durch Gesetz. 1999. *Band 40.*
- Morlok, Martin:* Selbstverständnis als Rechtskriterium. 1993. *Band 6.*
- Müller-Franken, Sebastian:* Maßvolles Verwalten. 2004. *Band 105.*
- Niedobitek, Matthias:* Das Recht der grenzüberschreitenden Verträge. 2001. *Band 66.*
- Oeter, Stefan:* Integration und Subsidiarität im deutschen Bundesstaatsrecht. 1998. *Band 33.*
- Pache, Eckhard:* Tatbestandliche Abwägung und Beurteilungsspielraum. 2001. *Band 76.*
- Pauly, Walter:* Der Methodenwandel im deutschen Spätkonstitutionalismus. 1993. *Band 7.*
- Pielow, Johann-Christian:* Grundstrukturen öffentlicher Versorgung. 2001. *Band 58.*
- Poscher, Ralf:* Grundrechte als Abwehrrechte. 2003. *Band 98.*
- Publ, Thomas:* Budgetflucht und Haushaltsverfassung. 1996. *Band 15.*
- Reinhardt, Michael:* Konsistente Jurisdiktion. 1997. *Band 24.*
- Remmert, Barbara:* Private Dienstleistungen in staatlichen Verwaltungsverfahren. 2003. *Band 95.*
- Rodi, Michael:* Die Subventionsrechtsordnung. 2000. *Band 52.*
- Rossen, Helge:* Vollzug und Verhandlung. 1999. *Band 39.*
- Rozeck, Jochen:* Die Unterscheidung von Eigentumsbindung und Enteignung. 1998. *Band 31.*
- Ruffert, Matthias:* Vorrang der Verfassung und Eigenständigkeit des Privatrechts. 2001. *Band 74.*
- Sacksofsky, Ute:* Umweltschutz durch nicht-steuerliche Abgaben. 2000. *Band 53.*
- Šarčević, Edin:* Das Bundesstaatsprinzip. 2000. *Band 55.*
- Schlette, Volker:* Die Verwaltung als Vertragspartner. 2000. *Band 51.*
- Schliesky, Utz:* Souveränität und Legitimität von Herrschaftsgewalt. 2004. *Band 112.*
- Schmehl, Arndt:* Das Äquivalenzprinzip im Recht der Staatsfinanzierung. 2004. *Band 113.*
- Schmidt-De Caluwe, Reimund:* Der Verwaltungsakt in der Lehre Otto Mayers. 1999. *Band 38.*
- Schroeder, Werner:* Das Gemeinschaftrechtssystem. 2002. *Band 86.*

Jus Publicum – Beiträge zum Öffentlichen Recht

- Schulte, Martin*: Schlichtes Verwaltungshandeln. 1995. *Band 12*.
Sobota, Katharina: Das Prinzip Rechtsstaat. 1997. *Band 22*.
Sodan, Helge: Freie Berufe als Leistungserbringer im Recht der gesetzlichen Krankenversicherung. 1997. *Band 20*.
Sommermann, Karl-Peter: Staatsziele und Staatszielbestimmungen. 1997. *Band 25*.
Stoll, Peter-Tobias: Sicherheit als Aufgabe von Staat und Gesellschaft. 2003. *Band 101*.
Storr, Stefan: Der Staat als Unternehmer. 2001. *Band 78*.
Trute, Hans-Heinrich: Die Forschung zwischen grundrechtlicher Freiheit und staatlicher Institutionalisierung. 1994. *Band 10*.
Uerpmann, Robert: Das öffentliche Interesse. 1999. *Band 47*.
Unruh, Peter: Der Verfassungsbegriff des Grundgesetzes. 2002. *Band 82*.
Wall, Heinrich de: Die Anwendbarkeit privatrechtlicher Vorschriften im Verwaltungsrecht. 1999. *Band 46*.
Wolff, Heinrich Amadeus: Ungeschriebenes Verfassungsrecht unter dem Grundgesetz. 2000. *Band 44*.
Volkmann, Uwe: Solidarität – Programm und Prinzip der Verfassung. 1998. *Band 35*.
Voßkuhle, Andreas: Das Kompensationsprinzip. 1999. *Band 41*.
Weiß, Wolfgang: Privatisierung und Staatsaufgaben. 2002. *Band 88*.
Ziekow, Jan: Über Freizügigkeit und Aufenthalt. 1997. *Band 21*.

*Einen Gesamtkatalog erhalten Sie gerne vom Verlag
Mohr Siebeck, Postfach 2040, D-72010 Tübingen.
Aktuelle Informationen im Internet unter www.mohr.de*